

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60.

Mittwoch, den 11. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Ein erfolgreicher Streik.

R. K. Wer sollte es für möglich halten, daß selbst in den besten Kreisen gestreikt wird? Dennoch ist ein solcher Streik vorgekommen und jetzt siegreich beendet. Allerdings war es kein Zustand mit Zeitungsnotizen: Zugang ist fernzuhalten!, auch gab es keine Streikposten, ebenso existierte keine Organisation und keine Streikleitung, sondern es war ein stiller Zustand, der sich aus den Verhältnissen von selbst ergab. Wir haben den Streik an dieser Stelle schon vor einiger Zeit kurz erwähnt, indem wir darauf hinwiesen, daß viele der preussischen Familien, aus denen die preussischen Offiziere sich rekrutieren, es allmählich satt bekommen haben, ihre Söhne dem glänzenden Glanz zu überlassen. Daher seien über 700 Leutnantsstellen der preussischen Armee nicht besetzt. Der Erfolg dieses Streikes liegt nun in einer Gehaltsaufbesserung für die Leutnants, Oberleutnants und Hauptleute vor. Die Majore werden später beglückt, wenn die Gehaltssteigerung in der Weise gedacht, daß für die Leutnants, Oberleutnants und Hauptleute Altersstufen eingeführt werden. Bisher erhielt der Leutnant erst dann ein höheres Gehalt, wenn er zum Oberleutnant befördert wurde. Künftig soll der Leutnant ein Anfangsgehalt von 1500 Mk. beziehen. Von 4 zu 4 Jahren wird eine Erhöhung von je 300 Mk. gewährt, ob der Empfänger nun Leutnant oder Oberleutnant ist. Mehr als 2100 Mk. werden nicht bezahlt, d. h. mit 8 Jahren Offiziersdienst ist das Höchstgehalt für Leutnants und Oberleutnants erreicht. Der sich momentan in Ägypten von der Hardenschen Suppe erholende Herr v. Einem wollte noch eine dritte Altersstufe von 2500 Mk., aber der preussische Kassenverwalter Rheinbaben hat energisch abgewunken. Vielleicht stimmt ihn der Block, voran die zum St. Militarismus bekehrten Freistatigen, milde und weich.

Die regelmäßigen staatlichen Einnahmen der Offiziere bestehen nun nicht allein aus dem Gehalt. Neben diesem werden Servis und Wohnungsgeldzuschuß gewährt, die sich beide im allgemeinen nach der Größe der betreffenden Orte richten. Großstädte und besonders teure Städte sind in der Servisklasse A, in der die höchsten Beträge bezahlt werden, Städte über 40 000 Einwohner gehören zur Servisklasse II, Städte zwischen 40 000 und 20 000 Einwohner zur I. Klasse usw. Die niedrigste Klasse ist in der Praxis die III., mag auch auf dem Papier noch eine IV. vorgesehen sein.

In der Servisklasse A würde künftig ein junger Leutnant mit 1500 Mk. Gehalt im ganzen, also inklusive Servis und Wohnungsgeldzuschuß, 2460 Mk. jährlich erhalten, in der Servisklasse III kämen 2031 Mk. in Betracht. Nach 8 Jahren stünden dem Leutnant, der inoffiziellen zum Oberleutnant avanciert ist, 3060 Mk. bzw. 2631 Mk. zu.

Die Sozialdemokratie ist eine Feindin des Systems der stehenden Heere, sie ist besonders eine Gegnerin des preussischen Armeesystems. Die geplante Aufbesserung der Hauptleute ist auch dann nicht zu billigen, wenn man das System der stehenden Heere als richtig anerkennt. Die Hauptleute sind in Anbetracht ihres Alters jetzt schon sehr gut bezahlt. Ein Hauptmann II. Klasse (ungefähres Alter 35—40 Jahre) erhält je nach der Garnison, in der er steht, 3700—4600 Mk., ein Hauptmann I. Klasse (Alter 39—45 Jahre) bezieht 4900—5800 Mk. Für die Miete eines Pferdestalles wird außerdem eine besondere Entschädigung, das sog. Stallservis, gewährt. Trotzdem die Hauptleute gewiß nicht ungünstig situiert sind, soll der Blockrechtstag hier neue Mittel bewilligen. Daß er es tun wird, ist selbstverständlich.

Die Gehaltserhöhung der Hauptleute ist in folgender Weise gedacht. Das Grundgehalt für einen Hauptmann soll 4000 Mk. betragen. Alle 4 Jahre kommen weitere 600 Mk. hinzu, bis das Höchstgehalt von 5200 Mk. erreicht ist. Dieser Zeitpunkt tritt also nach 8 Jahren ein. Im ganzen, d. h. mit Servis und Wohnungsgeldzuschuß, würde ein sog. junger Hauptmann (Alter etwa 35 Jahre) in der höchsten Servisklasse 5872 Mk., in der III. 4985 Mk. beziehen. Einem älteren Hauptmann stünden 7072 bzw. 6184 Mk. zu. Zu dieser Gage kämen die Hauptleute in einem Alter von ungefähr 43 Jahren.

Der eingangs erwähnte Streik ist also glänzend gewonnen. Für die misera contribuens plebs (das steuerzahlende Volk) ist das freilich nicht angenehm, weil ihm im Laufe der Zeit daraus große Ausgaben erwachsen werden. Bei den Summen, die die Gehaltserhöhungen verschlingen werden, bleibt es nämlich nicht. Vor allem müssen bei Gehaltserhöhungen auch die Pensionen der

entsprechenden Chargen erhöht werden. Sind aber die Pensionen höher, so sagen sich die Generale und Kriegsminister, daß man jetzt noch fester ablagen könne, weil die Lage der verabschiedeten Offiziere eine bessere sei. Ferner wird die Gehaltserhöhung sehr vielen preussischen Jünglingen das Offiziershandwerk wieder begehrenswert erscheinen lassen. Dadurch wird eine Überfüllung eintreten, die später eine Avancementsstockung hervorrufen müßte, wenn nicht neue Massenpensionierungen erfolgen würden.

Wäre es nicht so traurig, so müßte man über die Art und Weise, in der es im Deutschen Reich zugeht, lachen. Da ruft die Regierung mit ihrem Zöllnar eine bedeutende Teuerung der Lebens- und weitverbreiteter Genussmittel hervor. Diese Teuerung hat selbstverständlich auch die Steigerung aller anderen Preise, vor allem jener der Wohnungen zur Folge. Nach einiger Zeit erscheint die nämliche Regierung mit der harmlosesten Miene von der Welt auf dem Plan und erklärt bedauernd, daß die sich überall bemerkbar machende Teuerung eine Aufbesserung der Gehälter der Offiziere und Beamten nötig mache. Das ist ungefähr so, wie wenn jemand in dunkler Nacht über eine Straße einen Strick spannen und dann darüber jammern würde, daß die Leute hinfallen.

Ein polizeilicher Wahlrechtsdemonstrant.

Wir lesen im „Vorwärts“:
Ein Pechvogel, den es aber mit unvorderstlicher Gewalt immer wieder — wie den Verbrecher an die Stätte seiner Missetat — zur Sozialdemokratie und ihrer Organisation, den Wahlvereinen, hintreibt, ist der Kriminalbeamte Kassube. Kein Mißerfolg, nicht Hohn, nicht Spott schreckt ihn ab, selbst blutige Hiebe löschen nicht seine unstillbare Liebe zur Partei.

In seiner Reichstagsrede vom 22. Januar ds. Js. über die Berliner Wahlrechtsdemonstration hat Genosse Fischer unter anderem von diesem Kassube zu erzählen gewußt:

Meine Herren, in letzter Stunde erhalte ich eben noch eine Nachricht: Der Kriminalbeamte Kassube, Kopenhagener Straße 26 wohnhaft, der früher unter dem Namen Schneider Mitglied im 5. Berliner Reichstagswahlverein war (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und dort schriftliche Arbeiten für die sozialdemokratische Stadtverordnetenablagitation zur Unterbringung des Vertrauensmannes gemacht hat, — dieser Kriminalschurmann Kassube ist an der Gertraudenbrücke von der Polizei mit Säbelhieben traktiert worden, sodas er in einer Droschke nach Hause gebracht werden mußte. (Hört, hört! bei den Soz. und Heiterk.)

Fischer hat damals noch hinzugefügt, er habe diese Nachricht noch nicht nachkontrollieren können. Die gegenwärtigen Abgeordneten erwarteten daher ein baldiges Dementi; aber da in all den Wochen die politische Polizei kein Sterbenswörtchen gegen diese sie so schwer kompromittierende Behauptung an so autoritativer Stelle verlauten ließ, mußten schließlich auch die Gegner annehmen, daß diese Behauptung — zu ihrem Leidwesen — ebenso wahr sei, wie die andere bezüglich der politischen Polizei.

Aber dieses auffällige Stillschweigen der sonst so gesprächigen politischen Polizei — sogar der „Post“ erstreckte die Ablehnung im Halbe — war das Schweigen des schlechten Gewissens! Die Sache ließ sich nicht ableugnen, denn Kassube wurde in der Sanitätswache in der Brüderstraße gleichzeitig mit dem ebenfalls an der Gertraudenstraße verwundeten Genossen N. verbunden.

Indes, schweigt die Polizei — so wollen wir von Kassubes Liebe zur Partei weiter erzählen. Kassube hat sich nicht begnügt, im Zuge der Demonstranten als einer unter Tausenden zu marschieren, nein, als „organisierter Genosse“ hat er seinen Stolz darein gesetzt, aus seinem Bezirke am 12. Januar als der Erste an der Zahlabendstelle zu erscheinen. Unter dem Namen Karl Krücke, Weberstr. 13, bei Witwe Rahuke, hat er sich schon am 10. Januar 1906 als Mitglied in den Wahlverein des 4. Kreises einschreiben lassen und ging während des ganzen Jahres den jüngeren Genossen mit gutem Beispiel voran. Nie fehlte er bei einer Flugblattverbreitung; mit unermüdbarem Fleiß stieg er treppauf und treppab und mit ganz besonderem Eifer ließ er es sich angelegen sein, fäurige Mitglieder zu mahnen und sie an ihre Pflichten gegen die Partei eindringlich zu erinnern, damit der Kassierer glatte Abrechnung habe. Als seinen Beruf gab er bei Aufnahme in den Wahlverein den eines Versicherungsbeamten an. Ob er in Vorahnung seiner Vermundung an der Gertraudenbrücke die Unfallversicherung als Spezialität betrieb, ist uns nicht bekannt; kurz, er gab sich als Versicherungsbeamter aus, der eigentlich in Eberswalde wohnte, aber in Berlin sein Tätigkeits-

feld habe. So entzog er sich mit Erfolg den Nachforschungen der Genossen; doch entschädigte er die Genossen andererseits wieder dadurch, daß er z. B. bei der letzten Reichstagswahl eine Menge schriftlicher Agitationsarbeiten zur allgemeinen Zufriedenheit und mit anerkennenswerter Genauigkeit erledigte.

Diese Tätigkeit muß man ihm besonders hoch anrechnen, gerade solche schriftlichen Arbeiten für die Partei hatten ihm früher bereits großes Leid gebracht.

Kassube war bekanntlich früher schon unter dem Namen Schneider im 5. Wahlkreis tätig gewesen und hatte dort bei den Stadtverordnetenwahlen sich zu den schriftlichen Agitationsarbeiten des Wahlkomitees erboten. Damals hatte er sich als Reisender eines Seifengeschäftes ausgegeben, was wohl darauf schließen läßt, daß er Vorkliebe für Reinlichkeit hat. Oder sollte er der Meinung gewesen sein, daß sein Handwerk eine öftere Reinigung nötig macht? Dann hätte er auffällig mit seinem Kollegen, dem Kriminalbeamten Dietrich II harmoniert, der als Genosse Ernst Philipp im 3. Wahlkreise und als Hausdiener Ernst Philipp im Transportarbeiterverband organisiert war.

Kassube hat also bei den Reichstagswahlen im 4. Wahlkreis genau so wie früher im 5. Wahlkreise anlässlich der Stadtverordnetenwahlen bei den schriftlichen Agitationsarbeiten für die Partei mitgeholfen, wiewohl er gerade bei diesen Arbeiten im 5. Wahlkreise als unwillkommener Mitarbeiter vom Alexanderplatz ganz unangenehm ermittelt worden war. Aber seine Anhänglichkeit an die Partei und sein freibereitendes, schüchternes Wesen, das ihm nunmehr am 12. Januar an der Gertraudenbrücke zu so blutigen Hieben verholfen, hat sich schon damals verraten. Auf die Aufforderung, sich zu legitimieren, ließ er sich damals von zwei Genossen ruhig nach der Rheinsberger Straße in seine angebliche Wohnung eskortieren. Er machte zwar unterwegs ein paar schwächere Versuche — freilich erfolglos — sich seiner Begleiter zu entledigen, aber schließlich stieg er auch noch die dunklen Treppen mit hinauf, um sich mit seinen Hausgenossen konfrontieren zu lassen, ja zuletzt wollte er den einen seiner beiden Transporteure in seiner Freude über die endliche Erlösung sogar noch zu einem Glase Bier einladen, was zu seinem Leidwesen unglücklich abgelehnt wurde. Man darf gespannt sein, demnächst zu erfahren, in welchem Kreise er nunmehr zu schriftlichen Arbeiten für die Partei sich erbieten wird. Wir zweifeln nicht daran, daß seine Liebe zur Partei ihn auch all die bisherigen Mißgeschicke vergessen läßt, so lange die blutigen Hiebe ihm von so befreundeter Seite, wie der Berliner Schugmannschaft, zuteil werden. Unter Kameraden ist ja alles egal!

Als Nachtrag möchten wir hier noch anfügen, daß der von Genosse Fischer in seiner Reichstagsrede gleichfalls als eifriger Wahlrechtsdemonstrant gekennzeichnete Kriminalbeamte Wilhelm Draber, Auguststraße 63, der unter dem Namen Gräßling, Mitglied des Wahlvereins im 3. Kreise geworden war, sein Mitgliedsbuch für den Loktreklub Preußen in der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, jeden Abend in den Stunden von 5—9 Uhr gegen Quittung und Legitimierung seiner Persönlichkeit abholen kann.

Ausweislich dieses Buches war er dort am 6. Januar 1908 eingetreten unter dem Namen Wilhelm Gräßling, Meanderstr. 2, hat 50 Pfg. Eintrittsgeld und 2 Mk. an Beitrag gezahlt.

Das Buch steht also zu seiner Verfügung!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Auf der Tagesordnung des Reichstags standen am Dienstag die vier Interpellationen über das Schicksal der Beamtenvorlagen. Die Tribünen waren überfüllt; besonders fielen die vielen Postbeamtenuniformen auf. Die Interpellationen wurden der Reihe nach begründet von dem alten konservativen Frh. v. Richthofen, dem langjährigsten nationalliberalen Grafen Orsola, dem Blockreis Schrader, der wie unter der Last seiner Ordensauszeichnungen keuchend die Treppe zur Rednertribüne heraufkletterte, und dem Zentrumsführer Spahn, der von allen ultramontanen Parteiführern am meisten nach dem Fleischtöpfen der Regierungsfähigkeit zurückseufzt. Sämtliche Interpellationsbegründer beklagten, übrigens reichlich temperamentlos, die Verschleppung der Besoldungsvorlagen. Büllo war nicht erschienen; statt seiner übernahm der von Kraetkes Untergebenen zu Stenogel's Nachfolger avancierte S h d o v die Beantwortung. Er verlas eine ellenlange Erklärung, deren kurzer Sinn war: Die Beamtenvorlagen kommen erst im Herbst und zwar mit der Finanzreform zusammen. Als Helfalter soll den Beamten eine Teuerungszulage gewährt werden. Sogend, welche positiven Angaben über die neuen Steuerpläne gab

Stengels Nachfolger nicht. Er hüllte sich in eine Wolke unverbindlicher Redensarten, aus denen aber immerhin hervorgeht, daß er die Abneigung seiner Amtsvorgänger gegen direkte Reichssteuern teilt. — Einstimmig wurde auf Antrag des Genossen Singer die Besprechung der Interpellationen beschlossen. Die nur zu durchsichtige Taktik der Regierung, die Aufbesserung der Beamten mit einer neuen Belastung der breiten Massen zu verkoppeln, wurde vom Genossen Singer in gebührender Weise gegeißelt. Unser Fraktionsredner unterließ auch nicht, die erbliche Feindschaft der deutschen Schachhüter gegen direkte Reichssteuern festzunagen und die Art und Weise, wie die Regierung in sicherem Vertrauen auf die Schaffgebild des blockrommen Reichstags mit feierlichen Zusagen umspringt, mit herzerregender Deutlichkeit zu brandmarken. — In der weiteren Debatte sprach der feiste Gamp den agrarischen Segen über den neugebackenen Staatssekretär aus. Wiemer schwelgte in Phrasenschwall und ein paar seiner antiseptischen Blockbrüder, wie Graf und Timmermann machten ihm im Vorbringen von Gemeinplätzen eine freilich von vornherein zur Ausschislosigkeit verurteilte Konkurrenz. In schon recht weit vorgeschrittenen Abendstunden schloß diverse andere Blockbrüder wie der Konservative Dr. Dröschler und der Nationalliberale Beck-Heidelberg ihre Geistesprodukte auf. Der Reichschatzsekretär Sydow entschuldigte das Fehlen des Reichskanzlers mit geistlicher Überarbeit und Herr Spahn suchte mit wenig Erfolg den Zentrumsmohren von seinen Sollsünden rein zu waschen. — Am Mittwoch wendet sich das Haus wieder dem Bethmann-Etat zu.

„Gelobt sei Jesus Christus!“

Ist ein frommer Gruß, der noch heutzutage in ländlichen katholischen Gegenden Deutschlands vielfach üblich ist. Evangelische pflegen sich seiner nicht zu bedienen, höchstens taten sie es in den Zeiten der heiligen Allianz und auch damals nur aus einer gewissen orthodoxen Scheinheiligkeit heraus, die Heine einst nicht übel verspottet hat in der Gestalt „des Rates bei der Regierung in der frommen Stadt, wo der Sand und der Glaube blüht“, der bei der Verheißung einer Gehaltszulage von hundert Kalern Preussisch Kurant verzückt und wonnebeubend stammelt „Gelobt sei Jesus Christus!“

Die katholischen Bauern des Kreises Löwenberg — und gar nicht die ältesten unter ihnen — erinnern sich noch recht lebhaft eines lebenswürdigen, schlichten Herrn aus Berlin, der ihre Gegend häufig durchstreifte und wenn er einen von ihnen traf, recht artig sein Hütchen zog und mit himmelwärts gerichteten Blick den treuerhizigen Gruß sprach: „Gelobt sei Jesus Christus!“ Sie erfuhren, daß dieser Herr, dessen gottgefälliger Lebenswandel so offenkundig war, „Rat bei der Regierung in der frommen Stadt Berlin“ sei, und sich zurzeit — man schrieb Anfang Februar 1907 — in der Stichwahl um das Reichstagsmandat von Löwenberg bewerbe. So zogen sie denn in hellen Hauen zu den Wahllokalen und gaben ihre Stimmzettel ab für den Rektor Julius Kopsch in Berlin. Herr Kopsch wurde wirklich gewählt und stammelte als Dankgebet für Erlösung aus schwerer Not zum letzten Mal sein Sprüchlein: „Gelobt sei Jesus Christus!“ Seither soll man's aber von ihm nicht wieder gehört haben. Jetzt zieht er im Lande umher und hält stammende Reden gegen Zentrum, Ultramontanismus und pietistische Reaktion, die ihm so gefährlich erscheinen, daß er gegen sie sogar einen besonderen „Kulturblock“ zu den preussischen Landtagswahlen gründen will. So entbehrt wenigstens der neue „Kulturblock“ des „Löwen von Löwenberg“ nicht der Inschrift, sondern er hat ihrer gleich zwei: Auf der Vorderseite: „Gelobt sei Jesus Christus!“, auf der Rückseite aber: „Ich kann auch anders!“

Zurückgehen der Militärtauglichkeit.

Die deutsche Regierung hilft selbst durch ihre künstliche Verteuerung der Lebensmittel, wie durch die Behinderung der Arbeiterbewegung nicht unwesentlich mit, die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes zu untergraben. Besonders machen sich die Folgen der Ausbeutung durch die Unternehmer und andererseits durch die Agrarier in den notorischen Hungergebieten bemerkbar. In Sachsen kann neben dem Erzgebirge die Lausitz als solche bezeichnet werden. Meistens ist die durch ihre erbärmlichen Lohnverhältnisse unruhlich bekannte Textilindustrie dort vorherrschend. Was Wunder, wenn in diesen Distrikten die Militärtauglichkeit ganz gewaltig zurückgeht. In einem Orte der Oberlausitz hart an der böhmischen Grenze, in Ebersbach, wurden von 224 Militärfähigen sage und schreibe nur — 45 Mann diensttauglich befunden. In Renitz waren von 248 Militärfähigen 57 tauglich.

Das sind schlimme Resultate der Ausbeutung und Auswucherung des Volkskraut. Wer sind nun die wirklichen Feinde des Vaterlandes, die es wehrlos machen? Ewa die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die mit aller Energie für eine Verbesserung der Lebenshaltung eintreten? Oder sind es nicht die energiestärksten Hurra-schreier im Bunde mit der Regierung selber?

Helle Fehde gegen Dernburg.

Wie groß der Haß gegen Dernburg trotz aller seiner Bemühungen, seine völlige Übereinstimmung mit den Kolonialpatrioten nachzuweisen, in einem Teil der Kolonialpresse ist, ist aus folgendem Angriff in der „Kolonialpolitischen Korrespondenz“ besonders deutlich ersichtlich:

Wohles Blut hat insbesondere die Methode Dernburgs gemacht, programmatische Erklärungen, die er abgegeben, nachträglich abzuweichen, sowie Angriffe erfolgen, — auszuweichen, zu bewichtigten, hinterdrei inoffiziell sich wieder so zu geben, als sei es ihm gar nicht eingefallen, seine ersten Äußerungen zu interpretieren. Alles in allem hat sich immer deutlicher ergeben, daß der Staatssekretär für die von ihm vorgeschlagene Politik eigentlich nur in dem Freisinn, der Sozialdemokratie und bis auf weiteres — im Zentrum über eine zuverlässige Mehrheit verfügt. Und auch die hat in der Schulfrage verjagt. Die Konservativen unterstützen Dernburg, nach ihrem Grundlag, der Regierungspolitik so lange ihre Hilfe zu leisten, als nicht prinzipielle Gegenstände unüberwindlicher Art dies ganz unmöglich machen. Aber sie sind miträumlich, ihre Zustimmung ist lau. In heller Fehde mit dem Staatssekretär sind dagegen Freikonservervative und Nationalliberale.

Bernhard, wie hast du dich verändert! In einem knappen Jahre hat er sich zum „antinationalen“ Gefellen gemauert, vergessen ist die „aufgestochene Eiterbeule“, und schon wieder handelt er mit der früheren „Nebenregierung“ an! Die „helle Fehde“ gegen ihn wird wohl bald zum Sehnachtskrei nach einem Kolonialdirektor alten Stills aus der Bureaokratenschule anwachsen.

Schon wieder eine „Postreform“?

Nach den „Deutschen Nachrichten“ plant Staatssekretär Krätke abermals eine „Verbesserung im Postwesen“. Es handelt sich um eine abermalige sehr erhebliche Erhöhung der Portosätze für Drucksachen. Der Aufschlag soll nicht weniger als 15 bis 33 Prozent betragen. Es sollen erhoben werden für gewöhnlich zu bestellende Drucksachen die bisherigen Sätze, für eilige hingegen folgende Zuschläge:

1 Pfennig beim Gewicht bis zu 50 Gramm	von 50—100 Gramm
1 " " " " " "	100—250 " "
3 " " " " " "	250—500 " "
5 " " " " " "	500—1000 " "

Ein Vergleich der alten und der jetzt angestrebten Sätze für Drucksachen ergibt demnach folgende Skala:

	für gewöhnliche Drucksachen:	für eilige Drucksachen:
a) bis 50 Gramm	3 Pfg.	4 Pfg.
b) 50—100 Gramm	5 " "	6 " "
c) 100—250 " " " " " "	10 " "	13 " "
d) 250—500 " " " " " "	20 " "	23 " "
e) 500—1000 " " " " " "	30 " "	35 " "

Für die eiligen Drucksachen sollen besondere Zuschlagmarken hergestellt werden, die den gewöhnlichen Marken hinzugefügt werden müssen.

Würde dieser neue „Reform“-Plan wirklich dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden, so müßte man das als eine geradezu unerhörte Zumutung bezeichnen. Eine Mehrheit dürfte er schwerlich finden. Rechtfertigen läßt er sich in keiner Hinsicht.

Die Minderjährigen im Reichsvereinsgesetz.

Eine der wenigen wirklichen Verbesserungen, die der Reichsvereinsgesetzentwurf vorzieht, ist bekanntlich die Besetzung der Minderjährigen in der Besetzung, wie sie in den Vereinsgesetzen einiger Bundesstaaten seit der Abschaffung der Verbindungsverbote festgelegt ist. Das mußte selbstverständlich den heftigen Zorn der reaktionären Parteien erregen, obwohl die Regierung ausdrücklich in der Begründung des Entwurfs betonte, daß sie mit jener Maßregel es auch den bürgerlichen Parteien leichter machen wolle, ihren Einfluß auf die Kinder sozialdemokratischer Eltern geltend zu machen und sie zu guten Staatsbürgern zu erziehen. Man scheint nun freilich in den Kreisen der „Post“, der „Täglichen Rundschau“ und der „Kreuzzeitung“ wenig von der Wirkung einer solchen Agitation zu halten, denn der Ruf nach Entziehung von Personen unter 21 Jahren erklingt immer wieder, obwohl die Konservativen mit einem entsprechenden Abänderungsantrage in der Reichsvereinsgesetzkommission abgeblüht sind. In der „Kreuzzeitung“ meldet sich heute ein Senatspräsident Schumböcker aus Hamm, der von einem „eigenartigen Nachgeben der Regierung gegenüber dem Begehren der Massen“ spricht und iharf gegen ihre Begründung den Jugendlichen gegenüber vorgeht. Raffiniert hält er den Nationalliberalen und Freisinnigen Äußerungen entgegen, die sich gegen eine Hineinziehung der Jugend in das politische Leben aussprachen, um dann den kategorischen Schluß zu ziehen: „Hiernach erscheinen gewisse Parteien bereits als gebunden.“ Interessant ist aber dann folgende Stelle des Artikels, die von der Gemütsart des Herrn Präsidenten ein treffliches Zeugnis ablegt: Worauf es hier in erster Linie ankommt und was unter allen Umständen auch tatsächlich bewirkt werden kann, ist die Fernhaltung der Scharen jugendlicher Rowdies und der frühreifen Burschen mit ihren — der Regierungsentwurf spricht ja auch die Gleichstellung der Geschlechter aus — erst eben aus der Schule entlassenen „Schäzen“. In jedem Falle wird man sich vor diesem Vorstoße der Reaktion in acht zu nehmen haben. Noch ist nicht aller Tage Abend.

Osterreich-Ungarn.

Ein Wahlsieg in Wien. In Wien haben am Sonntag die Gehilfenwahlen für das Gremium der Wiener Kaufmannschaft stattgefunden und mit einem erdrückenden Siege der sozialdemokratischen Handlungsgehilfen geendet. Es wurden 12 468 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialdemokraten nicht weniger als 9258; die koalitierten Christlichsozialen und Deutschnationalen brachten nur 3210 Stimmen an. Die Genossen haben also mit Dreiviertelmehrheit geiegt.

In vier Gehilfenwahlen des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft haben bisher die Sozialdemokraten den Sieg davongetragen. Aber niemals war der Erfolg auch nur äußerlich so gewaltig wie bei der jetzigen Wahl. Es wurde eine weit höhere Stimmenzahl erreicht als je zuvor und auch die Zunahme der Stimmen gegen die letzte vorhergegangene Wahl war niemals so groß wie diesmal. Ein Blick auf die Tabelle, die die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen seit der Zeit ausweist, da sich die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen zum erstenmal an einer Gehilfenwahl beteiligten, läßt das deutlich erkennen. Das Ergebnis der bisherigen Wahlen war für die Sozialdemokraten folgendes:

1892	729
1895	2667
1898	4415
1902	5623
1905	7226
1908	9258

In den Jahren 1892 und 1895 sind noch die Christlichsozialen und Deutschnationalen gewählt worden, die die Mandate seit der ersten Gehilfenwahl im Jahre 1887 inne hatten und sie durch die Kunststücke des Magistrats bis zum Jahre 1902 vier Jahre von den fünfzehn — also widerrechtlich — behielten. In Funktion sind sozialdemokratische Mandatäre erst seit 1902.

Bauernruhr. Nach aus Czernowiz eingetroffenen Nachrichten sind in den Distrikten von Botuschani, südlich von Dorohoin (Rumänien) Bauern-Unruhen ausgebrochen, die die Entsendung eines Kavallerie- und eines Infanterie-Regiments notwendig machten. In den Dörfern Mittoka und Lohjrent verweigerten die Bauern den Grundbesitzern die Feldarbeiten. Sie pflügten ihre eigenen Äcker und erklärten die Reformen für ungenügend.

Frankreich.

Folgen der Kolonialpolitik. Aus dem französischen Kongogebiet liegen neue beunruhigende Meldungen vor. Cabarian, der Direktor der Soko-Sangha-Gesellschaft, und Dr. Anziar wurden von Eingeborenen fortgeschleppt. In dem von Militärposten besetzten Mfobezirke ist eine Revolte ausgebrochen.

England.

Lord Tweedmouth und der Kaiserbrief. Das Oberhaus war in Voraussicht der Erklärung des Lord Tweedmouth von den Mitgliedern stark besetzt. Die öffentlichen Tribünen wie die Diplomatenloge waren überfüllt. Lord Tweedmouth sprach unter lautloser Stille und in merklicher Erregung: „Ich höre, daß einige Mitglieder des Hauses gesonnen sind, über die ungewöhnliche Ausbrüche, welche in der Presse im Laufe der letzten Tage erfolgt sind, eine Anfrage zu stellen. Ich möchte jeder Anfrage, die gestellt werden könnte, zuvorkommen. Es ist Tatsache, daß ich am 18. Februar einen Brief von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser erhalten habe. Dieser Brief ging mir auf dem gewöhnlichen Postwege zu. Der Brief war ein privater und persönlicher. Er war sehr freundlich gehalten, und sein Ton war ganz ungezwungen. Als ich ihn erhielt, zeigte ich ihn Grey, der mit mir einer Meinung darüber war, daß er als Privatbrief und nicht als offizielles Schreiben zu behandeln sei. Demgemäß sandte ich Seiner Majestät dem Kaiser am 20. Februar ein Antwortschreiben, das in demselben Sinne gehalten war, wie sein eigener an mich gerichteter Brief, nämlich in einem freundlichen, zwanglosen Tone. Alles, was ich weiter sagen kann, ist: Ich bitte das Haus, sich vorher zu halten, daß ich der festen Meinung bin, daß der von mir besagte Weg ein guter und darauf berechnet war, das zu tun, was wir alle so sehr wünschen, nämlich alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um zwischen dem Deutschen Reiche und uns das gute Einvernehmen zu befördern.“

Marokko.

Vom Kriegsschauplatz. Vom Admiral Phillibert ist die telegraphische Meldung eingetroffen, daß General d'Amade sich bei der Kasbah Bentmed-Kerim befindet. Die Stämme Mazab und Medakra, die beträchtliche Verluste erlitten hätten, kämen in großer Zahl zu dem General, um ihre Unterwerfung anzubieten. Nach einem Telegramm des Generals d'Amade betragen die französischen Verluste bei dem Kampf am 8. März: ein Mann tot, sieben Mann verwundet. Der Mar'ch der Truppen auf Abdelkerim werde nur durch schwache marokkanische Abteilungen beunruhigt.

Perlien.

Schah und Parlament. Ein neuer Konflikt droht zwischen dem Schah und dem Parlament auszubrechen. Der Schah richtete an dieses ein Schreiben, worin er sich über die ungenügenden Maßregeln beschwert, die im Anschluß an den gegen ihn gerichteten Attentatsversuch getroffen worden sind. Der Schah wirft dem Parlament vor, es lege eine unbeschreibliche Untätigkeit an den Tag. Man befürchtet wiederum Unruhen.

Venezuela.

Aufstand. In der venezolanischen Hauptstadt Caracas fand eine Rebellion statt, bei der General Mela getötet wurde.

Aus Sübek und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 11 März.

Zug von Gärtnern und Gartenarbeitern nach Sübek ist streng fernzuhalten, da sich sämtliche Gärtnereinstellen im Auslande befinden. Auch für Kutcher sind die Betriebe gesperrt.

Achtung Maurer! Über sämtliche Fuhrarbeiten des (Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus), Firma Gollner, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt.

Die Mannschaften des Fuhrbetriebes der Müter, Schiffer, Maschinisten und Steuerleute sind ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Zugang nach der Gredemühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Eine gründliche Abrechnung mit dem Reichsligenverband wird am kommenden Sonnabend abend im „Vereinshaus“ stattfinden. Reichstagsabgeordneter Stücklen wird in einer großen Volksversammlung über das Thema „Reichsverband und Sozialdemokratie“ sprechen und zugleich den Nachweis führen, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der bekanntlich auch in Lübeck vor kurzem eine Filiale begründet hat, unsere Partei mit den schmutzigsten und unehrlichsten Mitteln bekämpft. Da wohl anzunehmen sein dürfte, daß dem Reichsverband erwünscht ist, für seine Sache auch in einer öffentlichen Volksversammlung, die vorwiegend von Arbeitern besucht sein wird, Propaganda machen zu können, so sei auch an dieser Stelle besonders darauf hingewiesen, daß nach dem Vortrag selbstverständlich eine freie Diskussion stattfinden wird, in der jedermann seine Meinung uneingeschränkt zum Ausdruck bringen kann. Arbeiter, Parteigenossen, sorgt für einen zahlreichen Versammlungsbefuch!

Der Lübecker Senat und seine Arbeiter. Wie lesen in der „Gewerkschaft“, dem Organ der Gemeinde- und Staatsarbeiter, folgendes: Unsere Lübecker Kollegen haben in

jüngster Zeit verschiedentlich Gelegenheit gehabt, die Klugheit und die Besonnenheit des Senats in sozialen Fragen bewundern zu können. Herr Senator Eschenburg hatte in der Würgerkassensitzung vom 9. Dezember 1907 bei Behandlung der Lohnfrage der Staatsarbeiter unter anderem erklärt, daß die Bezüge der Staatsarbeiter wohl ausser Acht gelassen werden könnten. Sie wären in den letzten Jahren so sehr gestiegen, als dies die Teuerung bedingt. Zu einer Lohnerhöhung liege deshalb kein Anlaß vor. Man solle die Arbeiter auch nicht mit Beamten vergleichen. Letztere hätten ein festes Arbeitsverhältnis, während sich die Löhne und Arbeitsbedingungen nach Angebot und Nachfrage richteten, die Löhne auch bald wieder sinken würden. In Konsequenz dieser Ausführungen wurde denn auch die von unseren Genossen beantragte Teuerungszulage für die Staatsarbeiter abgelehnt. Kurze Zeit darauf zog der Senat die praktische Anwendung aus diesen Ausführungen. Am 23. Dezember 1907 wurde der im Sommer 1907 auf 40 Pfennige erhöhte Stundenlohn der Wasserbauarbeiter auf 36 Pf. herabgesetzt. Die Verwaltung nutzte also die wirtschaftliche Konjunktur, die Arbeitslosigkeit der Arbeiter, zu Lohnreduktionen aus. Es kann man aber sicher nicht davon reden, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sind, denn in der Privatindustrie in Lübeck werden aktenhalber bedeutend höhere Löhne gezahlt wie beim Vater Staat. (40 bis 50 Pf. für ähnliche Arbeit.) Die Kollegenchaft ist mit dieser Regelung freilich nicht einverstanden gewesen. In einer Versammlung am 5. Januar dieses Jahres nahm sie hierzu Stellung und beschloß eine Resolution, in welcher Protest gegen die Herabsetzung der Löhne der Wasserbauarbeiter von 40 auf 36 Pf. erhoben und die Erwartung ausgesprochen wurde, daß der alte Lohnsatz wieder zur Einführung gelange. Der Senat, dem diese Resolution eingereicht worden war, ließ den Arbeitern durch Herrn Baurat Krebs verkünden, daß sie nicht fordern, sondern nur vorstellig werden sollten. Zugelegt hat man den Wasserbauarbeitern jedoch nicht wieder, trotzdem der Baurat zugeben mußte, daß 34 bis 35 Pf. Stundenlohn zu minimal sein; man könnte ja die 40 Pf. wieder zahlen, aber dann müßten die Unzufriedenen hinausgeworfen werden! Und in der Tat, das hinauswerfen ist gar bald besorgt worden. Sechs Kollegen vom Wasserbau wurden am 1. Februar abgeholt, trotzdem im gleichen Ressort acht Arbeiter eingestellt wurden. Altem Kischin nach sind eine Anzahl Vorgesetzte unserer Organisation besonders abhold. In neuerer Zeit waren verschiedentlich kleinere Liebenswürdigkeiten und auch Entlassungen in anderen Werken zu verzeichnen. Von den Arbeitern werden diese als Maßregelungen betrachtet. Um nun dergleichen zu entgegen, hat ein Teil der Beschäftigten ihren Arbeitsplätze von vornherein Valet gesagt. Bei den Maßregelungen hat man speziell für den Verband tätige Kollegen herausgesucht, hier und da hat man andere getroffen. Offenbar soll dieser neueste Fehlzug unserer Organisation gelten. Welchen wird das den Herren der Lübecker Staatsverwaltung aber nichts, denn die Verhältnisse sind bekanntlich mächtiger denn einzelne Personen. Man wird daher die „Störenfriede“ nicht los werden, sondern die ungenügenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Lübecker Staat werden immer wieder neue Kämpfer für eine Verbesserung ihrer Lage erziehen lassen. Deshalb bedeutet das Beginnen der Lübecker Verwaltung zwar hier und da eine kleine vorübergehende wirtschaftliche Schädigung für den einzelnen, andererseits jedoch eine desto größere Aufkräftung der Massen und Verbreiterung der Organisation. Mögen die Herren im Senat und den Vertriebsverwaltungen nur so weiter arbeiten, wir werden unsere Mitglieder nach Kräften schadlos halten und durch solche Attacken in letzter Linie Nutzen für unsere Organisation herausziehen. Die Kollegen werden dann noch fester als bisher zum Verbands stehen.

Zur Ausperrung der Alsterdampfschiffmannschaften in Hamburg. Die Direktion der Alsterdampfschiffboote verliert durch Inflation in den bürgerlichen Müttern ihr Verfahren gegenüber ihren Angestellten zu rechtfertigen. Die in einem konfusen Deutsch und unverständlichen Stil gehaltene Kundgebung bemüht sich, die Ausperrung in einen Streik umzuwandeln, um die Anwendung der Streik Klausel zu ermöglichen. Der Zentralverband der Maschinenisten, Heizer und Verursachter hat den Müttern die folgende Verichtigung zugehen lassen: „Durch Publikation in Ihrem geschätzten Blatte, unter „Zum Streik der Alsterdampfer-Mannschaften“, hätten wir Ihnen mitzuteilen, daß es sich nicht um einen Streik, sondern um eine Ausperrung derselben handelt. Herr Wehmann erklärte den Lohnkommissionen der Schiffer, Steuerleute und Maschinenisten am Freitag abend, ohne auf irgend eine Verhandlung einzugehen, ausdrücklich: „Ich habe jetzt genug! Sie können Sonnabend nachmittag 3 Uhr Geld in Empfang nehmen!“ Die Mannschaften waren infolge dieser Erklärung von Seiten des Herrn Wehmann entlassen.“

Verhängnisvolle des Lohnes. Der Lohn für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, darf, sofern dieses Verhältnis die Erwerbstätigkeit des Vergütungsberechtigten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, zum Zwecke der Sicherstellung oder Verteidigung eines Gläubigers erst dann mit Beschlag belegt werden, nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt und nachdem der Tag, an dem die Vergütung geleistet, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, abgelaufen ist, ohne daß der Vergütungsberechtigte denselben eingefordert hat. Jedoch ist nur der Lohn pfändbar, insofern der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 Mark für das Jahr übersteigt. Die Summe von 1500 Mark ist heute durchaus unzulänglich. Im Jahre 1889 war die unpfändbare Jahressumme auf 1200 Mark normiert. Sie wurde dann im Gesetz vom 30. Januar 1877 auf 1500 Mark normiert. Diese Höhe ist, trotzdem in den letzten 30 Jahren die Lebensbedürfnisse erheblich sich verteuert haben — man schätzt nicht zu hoch, wenn man die Verteuerung auf 1/2 schätzt — dieselbe geblieben. Heute wäre es billig, 2500 oder mindestens 2000 Mk. als unpfändbares Jahreseinkommen zu bezeichnen. Eine Gesetzesänderung in diesem Sinne ist dringend notwendig. Die Zivilprozessordnungsnovelle hat in § 850 Ziffer 7 das Dienstentkommen der Offiziere, Militärärzte und Deckoffiziere, der Beamten, der Geistlichen, sowie der Ärzte an öffentlichen Anstalten, ebenso die Pension dieser Personen insofern günstiger gestellt, als nur der dritte Teil des 1500 Mk. übersteigenden Mehrbetrages der Pfändung unterworfen ist. Der Bankbeamtenverein hat beim Reichstag beantragt, die Privatbeamten dieser Kategorie von Personen gleichzustellen. Am Erhöhung der Unpfändbarkeitsgrenze bis zu 2000 Mk. hat der Deutsche Werkmeister-Verband petitioniert. Der Deutsche Brenneisen-Verband endlich hat in ähnlicher Weise eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen angefordert. Er macht den Vorschlag, für die Ehefrau einen Betrag von 300 Mk. und für jedes unmündige, nicht im Erwerbseben stehende Kind, einen Betrag von 150—200 Mk. über das bis jetzt unpfändbare Einkommen von 1500 Mk. hinaus festzusetzen. Die Annahme zum mindesten des Vorschlages des Brenneisenverbandes, aber unter Ausdehnung auf alle Arbeiter, dürfte der Billigkeit und den Teuerungsverhältnissen

entsprechen. Gelegenheit zu seiner Verwirklichung bietet die neue Generalsanovelle.

Lübeck-Lüchener Eisenbahn-Gesellschaft. Betriebs-Ergebnisse für den Monat Februar 1908. Befördert sind (nach den vorläufigen Ermittlungen): 1908: 234 873 Personen und 118 649 Tonnen Güter gegen 247 257 Personen und 117 034 Tonnen Güter im Jahre 1907. Eingenommen sind:

	Bef.-	Güter-	Neben-	Zu-	bis	Gei.-S.
	Verkehr	Verkehr	Einnahm.	samm.	Ende	Febr.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1908: vorl.:	163 234	288 052	51 700	502 986	1 013 220	
1907:	142 700	277 849	42 300	462 849	961 701	
untersch. 1908:	+ 20 534	+ 10 203	+ 9 400	+ 40 137	+ 51 519	
1907 endgültig:	147 435	307 433	56 844	511 712	1 052 197	

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Auf die Wiederholung der großen Oper von Verdi „Ein Malakalaba“, die morgen abend zum zweiten Male in Szene geht, möchten wir nochmals besonders aufmerksam machen. Die Hauptpartien liegen wie bei der Uraufführung in den Händen der Damen König, Garden, Bonander und den Herren Janger, Ferkling, Dornberger, Rückauf, Steiger und Heydrich. „Die lustige Witwe“ übt in dieser Spielzeit noch eine größere Zugkraft aus wie im Vorjahre, sodas die heitere melodienreiche Operette am Freitag ihre 17. Wiederholung begehen wird. Sonnabend wird als vollständige Vorstellung „Die Gille“ gegeben. In der Titelrolle gastiert Fr. Gourtee vom Hamburger Schillertheater, aus diesem Grunde kosten die Logenplätze 75 Pf., alle anderen Plätze 50 Pf. Als Sonntag-Doppel-Vorstellung gelangt zuerst die Operette „Vocaccio“ und hierauf das Lustspiel „Unsere Kläte“ zur Aufführung.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Teuten-dorf ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Hufners Heinrich Wilhelm Theodor Schrader der Dufner Karl Ernst Gustav Plöke zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden.

Hamburg. Im Jahresbericht des Gewerkschaftshauses wird dargelegt, daß die Ergebnisse des ersten Betriebsjahres nicht zufriedenstellend sind. Man erzielt im Restaurant einen Umsatz von 424 471 Mk., in der Herberge einen solchen von 123 805 Mk. Der erzielte Bruttogewinn bleibt indes, namentlich im Restaurant (35 782 Mk. = 8,8 Proz.), hinter den Erwartungen der Genossen weit zurück, während der Bruttogewinn der Herberge 22 856 Mk. = 18,4 Proz.) den vorausgesetzten Schätzungen entspricht. Der schlechte Erfolg im Restaurant wird in erster Linie auf mangelnde Kalkulation des Stomaten im Küchenbetrieb zurückgeführt. Die Versammlung der Gesellschafter hat beschlossen, den erzielten Gewinn von 6736 Mk. vom Einrichtungs- und Inventarkonto abzuschreiben. Von den einzelnen Warengattungen wurden verbraucht: Im Restaurant 5386 Dekoliter Bier, 3520 Flaschen und 2712 Liter Wein (täglich wurden also durchschnittlich 1486 Liter Bier und 20 Flaschen Wein getrunken), 2547 Flaschen und 2438 Liter Spirituosen, 63 095 Flaschen alkoholfreie Getränke, für 26 095 Mk. Kolonialwaren, für 12 859 Mk. Delikatessen, für 117 013 Mk. Fleisch und Würstchen, für 8500 Mk. Backwaren, 1035 Zentner Kartoffeln. In der Herberge 964 Dekoliter Bier, 459 Flaschen und 1344 Liter Wein und Spirituosen, 9950 Flaschen alkoholfreie Getränke, für 11 467 Mk. Kolonialwaren, für 30 908 Mk. Fleisch- und Würstchen, für 8510 Mk. Backwaren, 507 Zentner Kartoffeln. Personal war beschäftigt im Restaurant: Buffetiers 3, Bierzapfer 2, Hausdiener 9, Kochmännchen 3, Kochlehrlinge 4, weibliches Küchenpersonal 11, seit angestellte Köchler 11, Wächter 1, außerdem wöchentlich durchschnittlich 10 Aushilfsstellen und sonstiges Personal 8. In der Herberge, für welche pro Tag 118 Schlafkarten ausgegeben wurden: Expedient 1, Buffetiers 3, Hausdiener 4, Badesmeister 1, in der Küche 1 Kochmännchen und sonstiges weibliches Küchenpersonal 4, außerdem 1 Wächter. Für die Heizung des Hauses ist ein Heizer das ganze Jahr, in den Monaten Oktober bis Mai ein zweiter Heizer angestellt. Für die Reinigung des Hauses sind 4, im Restaurant 6, in der Herberge 3 Scheuerfrauen angestellt.

r. Oldenburg. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des oldenburgischen Landtages stand als erster Gegenstand eine Petition der Lehrer aus den Ostfriesländern des Fürstentums Lüneburg zur Verhandlung. Die dortigen Lehrer wünschten infolge der verteuerten Lebenshaltung vom Landtage eine Teuerungszulage im Betrage von 75 oder 150 Mk. Der Verwaltungsausschuß, welcher die Petition beraten, empfahl einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung. Denn es ist und muß auch in Zukunft Sache der Gemeindevertretungen bleiben, derartige persönliche Zulagen zu bewilligen. Im übrigen kam aber ein so großer Unterschied in der Lebenshaltung der Lehrer gegenüber den übrigen Gemeinden tatsächlich nicht bestehen, denn die Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten usw. sind eben allenthalben gestiegen. Der Abgeordnete Zeidler wandte sich nur gegen einen Satz im Bericht, welcher vom Abgeordneten Wandsdorf erstattet war, worin es hieß, daß durch die Gehaltsaufbesserung der Lehrer vor 2 Jahren den bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen sei. Zeidler beklagte die unterschiedliche Behandlung im Gehalte der Landlehrer gegenüber ihren Kollegen in den Flecken und Städten und sprach die Hoffnung aus, daß, wenn durch die Einführung der Finanzreform im Fürstentum Lüneburg erst gesunde finanzielle Verhältnisse geschaffen würden, dann auch unbedingt die Lehrer auf dem Lande mit ihren übrigen Kollegen im Gehalte gleichgestellt werden müssen. Den übrigen Teil der Vormittags-Sitzung, sowie einen großen Teil der Nachmittags-Sitzung nahmen die Beratung des Vergütungsgesetzes für das Fürstentum Lüneburg in Anspruch. Es handelte sich ja hier hauptsächlich um die Frage: Hat der Staat das ausschließliche Recht, die im Innern der Erde ruhenden Bodenschätze für sich in Anspruch zu nehmen und dieselben zu heben oder hat der Grundeigentümer das alleinige Verfügungsrecht über seinen Grund und Boden, also auch über etwaige Mineralien im Erdinneren. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß ihr allein das Vergütungsgesetz und die im Innern der Erde ruhenden Schätze im Interesse der Volkswirtschaft gehoben werden und auch zugunsten der Allgemeinheit verwandt werden müssen. Während die Mehrheit des Ausschusses den Standpunkt vertrat, daß, wenn dem Staate das Vergütungsgesetz verliehen werden solle, die Grundeigentümer eine Entschädigung haben müssen für das von diesen aufgegebenes Recht, vertrat die Sozialdemokraten den Standpunkt, daß diese Materie reichsgesetzlich zu regeln sei; da dieses aber zurzeit noch nicht zu erreichen sei, so werde sie für

Landesgesetzliche Regelung stimmen, wenn ihre Anträge angenommen werden. Diese gehen dahin, daß die Bodenschätze oder besser gesagt die Abergänge, welche der Staat aus dem Bergbaubetriebe erzielt, in die Staatskassen fließen und somit der Allgemeinheit zugute kommen. Wie nicht anders nach der Zusammenfassung des Landtages zu erwarten war, wurden die Anträge der Mehrheit des Ausschusses angenommen, nach welcher der Löwenanteil von den etwa zu erwartenden Abergängen den Grundeigentümern zufällt. Die Regierung erklärte diese Anträge für unannehmbar und will das Gesetz scheitern lassen, aber es wird nun wohl hinter den Kulissen verhandelt werden und schließlich doch ein sogenannter Kuhhandel zustande kommen, denn es wurde wiederholt im Laufe der Debatte von den Agrariern betont, ein magerer Vergleich sei besser als ein fetter Prozeß. Es stand dann noch ein Antrag des Abg. Müller-Brante zur Verhandlung, welcher verlangte, daß die Regierung in eine Prüfung der Frage eintreten möge, wonach beim Wahlrecht nicht nur die Bevölkerungszahl maßgebend sein sollte, sondern auch die Höhe des Einkommens sowie die Größe des Grundbesitzes in Betracht gezogen werden sollte. Dieser Antrag, der ja dem reaktionären Empfinden des Abgeordneten Müller alle Ehre macht und wodurch eine Annäherung an das preußische Wahlrecht geschaffen worden wäre, wurde im Landtage heftig bekämpft. Es wurde der Antrag schließlich mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Und so ist denn nun endlich die erste Lesung des Wahlgesetzes glücklich unter Dach und Fach, zum sehr großen Leidwesen der Wahlrechtsgegner im Oldenburgischen Landtage. Am Schlusse der Sitzung machte der Präsident bekannt, daß der Landtag bis zum 28. d. Mts. verlängert worden ist.

Letzte Nachrichten.

Breslau, 10. März. Gestern nachmittag gegen 6 1/2 Uhr wurde bei der Kreuzung der Chaussee Breslau-Nimptsch mit der Bahnstrecke Breslau-Koblenz in der Nähe von Domschau das von dem Handelsmann Nowarra aus Zankau (Kreis Döhlau) geleitete Fuhrwerk infolge Nichtschließens der Schranke von dem Personenzug 207 überfahren. Nowarra erlitt Kopf- und Rückenquetschung, seine Frau einen Schädelbruch. Beide wurden sofort im Krankenhaus in Domschau untergebracht. Der Zug erlitt 43 Minuten Verspätung. Der schuldige Schrankenwärter wurde sofort vom Dienste zurückgezogen.

Waldenburg (Schlesien), 10. März. Eine schwere Explosion ereignete sich gestern beim Ausfieden von Farbe in Reuffendorf im Gerbermeister Köhler'schen Betriebe. Der Brand wurde nur mit Mühe unterdrückt. Köhler und dessen Mutter wurden von der brennenden Masse überschüttet und erlitten schwere Brandwunden.

Magdeburg, 10. März. Ein Tertianer des Domgymnasiums erhängte sich, weil sein lateinisches Extemporale mit ungenügendem zensiert und seine Verfassung dadurch zweifelhaft geworden war.

Darmstadt, 10. März. Der Wirt Gumbert vom Forsthaus Mittelbühl, welcher in der Nacht vom 16. zum 17. Dezember vorigen Jahres seine Frau zu Tode mißhandelt hat, wurde vom Schwurgericht zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Schwerverurteilung.

St. Moritz, 10. März. Gestern nachmittag 4 Uhr wurde der Architekt Koch aus St. Moritz auf einer Skitour in Val Tours in der Nähe der Alpbühne auf die Höhe durch eine Lawine verschüttet. Von einer Rettungskolonie wurde er unweit des nach dem Pic Koch führenden Fußweges aufgefunden.

Christiania, 10. März. Ein Schwede feuerte heute mittag mit einem modernen Remington-Gewehr 10 bis 12 scharfe Schüsse gegen das Schloß ab. Einige Schüsse gingen durch die Scheiben und drangen in mehrere Zimmer des Schlosses. Der Mann wurde ergriffen und der Polizei übergeben. Auf der Polizeistation erklärte er, daß es seine Absicht gewesen sei, König Haakon zu erschließen. Er hatte 40 bis 50 Patronen bei sich. Man hält den Täter für irrsinnig. Das Königsaal befindet sich gegenwärtig auf Vorposten. — Der Mann, der heute die Schüsse gegen das königliche Schloß abgab, ist der etwa 30 Jahre alte schwedische Arbeiter Johannes Gruen, der seit einigen Jahren hier wohnt und zuletzt in einer Motorfabrik beschäftigt war. Er soll früher in einer dänischen Irrenanstalt gewesen sein. Die Schüsse wurden aus einer Entfernung von 300 Metern abgegeben.

Petersburg, 10. März. Bei Drenburg stürzte infolge Entleerung ein Personenzug den hohen Eisenbahndamm herab. Die meisten Waggons wurden zertrümmert, 15 Passagiere getötet und einige fünfzig schwer verletzt.

Ashabad (Provinz Transkaspien), 10. März. Aus der Kentei in Tschardschij (Buchara) wurden 37 000 Rubel geraubt. Die Schildwachen wurden getötet, die Soldaten des Wachkommandos verwundet und gefesselt. Ein des Raubes verdächtiger Kenteibeamter wurde zwei Werst außerhalb der Stadt tot aufgefunden.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. bezeichneten Artikel Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellina, Verleger: Th. Schmarck, Druck: Friedr. Wener u. Co. sämtlich in Lübeck.

Unsere heutigen Anlässe liegt ein Prospekt der Tuchfabrik von Schwetach u. Zerdel in Spremberg bei.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesarube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lubeca-Marken.

Tonhalle.
Hexenkuss.

Herrn **Friedrich Beyer** zu seinem Geburtstag ein donnerndes Hoch.
Nun rate mal.
Ein freundliches Zimmer mit Kaffee zu verm., Br. pro Woche 2.50 M. Ludwigsstr. 34.
Ein heizbares Zimmer an Herrn oder junges Mädchen zu vermieten
Eckwandraße 21 a.
Zu vermieten zwei Damen- und ein Herren-Maschinenraum
Wahmstraße 87.

Mehrere flotte Damen-Maschinenzüge zu vermieten, a 2.50 M.
Lindenhagen 28.
Umzugshalber per sofort oder zum 1. April eine Zweifamilien-Wohnung zu vermieten
Walensteinmauer 8a, II., Hinterh.
Gesucht zum 1. April Zwei- bis Dreifamilienwohnung von 2 Leuten ohne Kinder.
Off. u. V 24 an die Exped. d. Bl.
Eine alte Singer-Trittmähmaschine ist billig zu verkaufen
Balauerstraße 9, I., St.

Tonhalle.
Der Werkmeister als Brandstifter.

Große öffentliche

Volkswerksammlung

am Sonnabend, den 14. März 1908

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.
Tages-Ordnung:

Reichsverband u. Sozialdemokratie

Referent: Reichstagsabgeordneter **Stücklen.**

Die Angehörigen aller Parteien sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Danksagung.

Für die bewiesene Teilnahme und überaus zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen, des Wirtes
Hermann Burmester
sagen hiermit allen, die uns ihr Beileid bezeugten, innigen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Lübeck, März 1908.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters sagen wir allen Bekannten, sowie dem Fabrikarbeiterverband und seinen Mitarbeitern der Firma Sager u. Klitzmann unsern herzlichsten Dank.
Im Namen der hinterbliebenen Kinder:
August Mauritz.

Gesucht ein mit guten Zeugnissen versehener **Knecht**, der Landarbeit versteht, bei hohem Lohn.
H. Lange, Mori bei Lübeck.

Eine Witwe sucht Beschäftigung gleich welcher Art
St. Peterstraße 11.

Ein Kaufmädchen außer d. Schulzeit gesucht
Segebergstraße 6.
Dahelst weiße Stalener-Püher zu verkaufen.

Herrschastl. u. einfaches Mobilar sofort bis Mai für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen, als: Blüschgarn, Bettkorn, Spiegel mit Schrank, Salongarn, Schreibtisch, Trum, Salon- und Ausziehtisch, Bettstellen, Kleiderschrank, Waschtisch, Teppich, Bilder u. versch. mehr.
Wahmstr. 83, str. links.

Oeffentliche Kartell-

Der Sammlung
am Donnerstag, 12. März,
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Jahresberichte.
2. Neuwahl der Kartellkommission und der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats.
3. Eingänge.
Börschäftiges Erscheinen der Delegierten erwünscht
Die Kartellkommission.

Tonhalle.
Das schöne Tippträulein.

Wolken und alte Buttermilch gibt billig ab.
Molkerei Dietz, Wickedestr. 44.
Eine Bettdecke und eine sehr hübsche Wagentdecke zu verkaufen.
Reiferstraße 22 a.
Ein fast neuer Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen
Mittelsstraße 7 a, pt.

J. Westphal, Bau- u. Schiffs-Klempnerei
Engelswisch 16. — Fernruf 1231.
Unter Emaille-Töpfe werden neue Böden gesetzt
Schwartauer Allee 121.
Täglich
frische Leber Pfd. 65 Pf.
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

(Zahlfstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 12. März,
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Beschlußfassung über den Überschuss vom Wintervergnügen.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlfreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

A.-R.-V. Wacht Auf.
Ober-Büssau u. Umg.

BALLO
am Sonntag, den 15. d. M.,
im Lokale des Herrn König.
Eintrittskarte 1 Mk. Vorverkauf 80 Pf.
Es ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stage.
Inter. Reise m. d. Hamburg-Amerika-Linie
i. d. Land der Mitternachtssonne bis
Spitzbergen.

Hansa-Theater
Letzte Woche:
Faschings-Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: L. Plorkowski.
Donnerstag, 12. März, 8 Uhr.
118. Abom.-Vorst. 23. Donn.-Abom.
Ein Maskenball.
Oper in 5 Akten von Verdi.
Freitag: Zum 17. Male.
Die lustige Witwe.
Sonnabend: Gastspiel Frl. Boursée.
Die Grille.
Logen 75 Pf., Parkett 50 Pf.

Tonhalle.
Der Perlfischer.

Die Butter wird noch teurer!

Es gibt aber vollkommenen, billigen Ersatz für feinste Meiereibutter: die neue Margarine

Rheinperle,

welche selbst von Fachleuten für frische **Naturbutter**

gehalten wird. Ebenso empfiehlt sich gerade jetzt die Verwendung unserer bekannten und bewährten Delikatess-Margarine

Solo in Carton.

Beide Marken sind fast um die Hälfte billiger, als Naturbutter.

Ueberall frisch zu haben.

Holländische Margarine-Werke
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch

Achtung Bauarbeiter!

Außerordtl. Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 12. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Vorlegung des uns vom Arbeitgeber-Verband übermittelten Mustervertrages.

Kollegen! Erscheint alle! Die Tariffkommission.

NB. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder der umliegenden Zweigvereine ist dringend notwendig.

Die zu Mittwoch, den 11. März 1908, anberaumte Bundeslegierten-Sitzung fällt aus.

Die Irrenhausstragödie eines Berliner Rechtsanwalts.

Ein Opfer der sehr reformbedürftigen Irrengefangnis- gebung ist der Berliner Rechtsanwalt Dr. E. geworden. Im Dezember 1907 ging durch Berliner Blätter die kurze, inhaltschwere Notiz, daß „der gemeingefährlich geistes- kranke Berliner Rechtsanwalt Dr. E. aus der Irren- anstalt Lankwitz entflohen sei.“ Diese Irrenhaus- internierung hat einen recht dramatischen Hintergrund, den die Zeitungen nicht ohne Grund, Dr. E. ist der arme Sohn eines Millionärs in dem polnischen Städtchen Jaroschin. Von Jugend auf sieht er die köstlichsten Trauben vor sich hängen, aber sie sind ihm unerreichbar. So oft er sie pflücken will, wird er brutal zurückgeschoben. Zwei gewaltige Gegensätze stoßen haarsträubend aufeinander, die Sucht der weiblichen Familienmitglieder nach Reichtum und die ideale Gesinnung des einzigen Sohnes. Es wird ihm zum steten Borwurf gemacht, daß hier die Art von der Art gelassen hat. Weil er es nie verstanden hat, aus der regen Betriebsamkeit seines Geschlechts mit Nachdruck Vorteile zu ziehen und dreist zuzugreifen, ist und bleibt er der Preisgehabte seiner Familie, der Mißrätene, Miß- achtete. Man glaubt, ihm alles bieten, ihm Almosen vor die Füße werfen zu dürfen, obwohl er die gleichen Rechte hat. Und als ihm im Vater, der noch einigermaßen am Sohne hing, der letzte Halt durch den Tod genommen ist, fällt nahezu die ganze Familie über ihn her, um ihm sein reiches Erbe vorzuenthalten. Es beginnt ein Erb- streit, ein Feilschen und Intrigieren, das jeder Beschreibung spottet.

Die Mädchen, die sich inzwischen an zwei Ber- liner Rechtsanwälte auf dem nicht mehr un- gewöhnlichen Wege verheiratet haben, erhalten Hundert- tausende, der Sohn — nichts. Er muß als Millionärs- sohn sogar darben und Darlehn aufnehmen. Zudem hat er sich namentlich mit dem einen der beiden Schwäger, dessen Verbindung mit der jüngeren Schwester er für eine Mißheirat ansah, schon vor der Verlobung überwunden und sich in diesem Manne seinen bittersten Feind geschaffen. Wohl möchte er, um zu seinem Erbteil zu kommen, die Testamentvollstreckung anfechten, aber die Finger sind ihm gebunden, weil er in solchem Falle nach testamentarischer Bestimmung auf das Pflichtteil gesetzt wird. Gelingt es, E. so zu reizen, daß er zum Mittel der Erbklage greift, so schießt der größte Teil seines Erbes in andere Taschen. Wiederholt ist er nahe daran, diesen verderblichen Schritt zu tun, um wenigstens etwas zu retten, aber schließlich versucht er neue Mittel, um auf gutlichem Wege eine Ver- söhnung und Auseinandersetzung zu erstreben. Wiederholt wird er mit größeren Geldangeboten geködert, aber das Geld selbst bleibt im fremden Kasten. In welche Seelen- stimmung E. schließlich gerät, welche Gefühlsszene, aber auch welche privaten Gerichtszenen mit den verwandten Rechtsanwälten sich aus diesem ewigen Spiel zwischen Rache und Mäus ergeben, das kann wohl jeder sich selbst ausmalen.

Seinen Gegnern gerade recht kommt ein Renkontre, das E. mit einem Referendat an Gerichtsstelle hatte, und das in Verbindung mit dem lächerlich aufgehobenen, Jornesausspruch, enthaltenden Briefen E.s in dem nun folgenden Internierungsantrage seiner Feinde willkommenes Material bot. Eines schönen Tages wird E. von seinem Schreibstisch weg nach dem Polizeirevier geholt, wo ihm der Bezirksphysikus steht und spricht; auf einige Mi- nuten spricht. Darauf setzt sich dieser im Irrenwesen All- mächtige hin und schreibt das Todesurteil für E. Fort

geht's nach Dalldorf. Dort aber erkennt der diensthabende Arzt sofort, um was es sich handelt. Mit vernichtender Deutlichkeit erklärt der Anstaltsarzt, daß sich die Anstalt nicht mit Familienangelegenheiten befasse und verlangt die Fortschaffung E.s. Wenige Stunden später wird E. nach der Irrenanstalt Lankwitz, einer sogenannten „Quetsche“, über- geführt. Diese überaus schnelle und durch die Schnellig- keit ungewöhnliche Abwimmlung ist für den Kenner der Irrenhausverhältnisse leicht erklärlich. In Dalldorf ist man, durch die Erfahrung gewöhnt, sehr vorsichtig gewor- den. So wird die Verantwortung für alle weiteren Kom- plikationen, die die scharfsichtige Dalldorfer Anstaltsleitung wohl vorausgesehen hat, auf die Lankwitzer Quetsche ab- gewälzt.

In Lankwitz weiß man zwar auch nicht recht, was man mit E. anfangen soll, haben doch hervorragende Juristen sich sehr sympathisch für E. ausgesprochen; wohl halten ihn manche für nervös — und wer ist heute nicht nervös — aber für verrückt hält ihn keiner, mit Ausnahme seiner Feinde.

E. erträgt die Folterqualen nicht lange; eines Tages nimmt er sich ohne Abmeldung selbst die Freiheit, um nunmehr um so wirksamer gegen die Veranlasser seiner Internierung vorzugehen. Er hat bei der Staatsanwalt- schaft gegen den Rechtsanwalt Dr. Brat und Genossen wegen Freiheitsberaubung, Verleumdung und übler Nach- rede Strafantrag gestellt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 10. März 1908.

118. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Sydow.

Die Tribünen sind stark besetzt.

Auf der Tagesordnung stehen die vier ziemlich gleich- lautenden Interpellationen der Konservativen, der Nationalliberalen, der Freisinnigen und des Zentrums, die sich nach dem Termin der Einbringung der Beamtenbe- dingungsvorlage erkundigen und anfragen, ob die erhöhten Be- züge den Beamten schon ab 1. April dieses Jahres gewährt werden sollen.

Reichschatzsekretär Sydow erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit. v. Richthofen (N.) begründet die konser- vative Interpellation, bezeichnet die Beamtenaufbesserung als nationale Ehrenpflicht, hofft jedoch, daß die Beamten auch ohne Zulage treulich ihre Pflicht erfüllen werden. (Bravo! rechts.)

Graf Oriola (N.) begründet die nationalliberale Interpellation, klagt über die Nichteinbringung der ver- sprprochenen Vorlagen und wirft dem Zentrum vor, daß es die Sorge für die Reichsfinanzen den Volksparteien überlasse. (Sehr richtig! im Ztr. — Große Heiterkeit.) Unter den Be- amten wird eine große Erregung Platz greifen, wenn sie nicht schon in diesem Jahre in den Besitz der höheren Be- züge gelangen. (Weil. b. d. Nat.)

Schrader (N.) begründet die freisinnige Inter- pellation. Er weist auf die Steigerung der Lebensmittel- preise dank der Zollpolitik hin und erklärt, daß der Reichs- tag auf die baldige Einbringung der Vorlagen bestehen und sie selbst um den Preis einer verlängerten Tagung erledigen müsse.

Dr. Spahn (Z.) begründet die Zentrumsinterpellation. Er beklagt, daß die Zollpolitik wesentlich zur Verteuerung der Lebenshaltung beigetragen habe, weist auf die Ent- täuschung hin, die durch die Verzögerung hervorgerufen sei und schließt sich darüber zu freuen, daß die projektierte Reichsfinanzreform keine direkten Steuern bringen soll. Wenn das Reich Kolonialbahnen baut, muß es auch Mittel haben, seine Beamten aufzubessern. (Weilfall im Zentr.)

Reichschatzsekretär Sydow beantwortet die Inter- pellation und verliest zunächst eine Erklärung, die darauf hin- ausläuft, daß die verbündeten Regierungen die Erhöhung der Beamtenbezüge nicht vor dem Zustandekommen der geplanten Finanzreform eintreten lassen wollen und daß die Steuer- und Beamtenvorlagen dem Hause nicht vor nächsten Herbst zugehen werden. (Unruhe.) Falls eine den Bedürfnissen des Reiches und der Bundesstaaten genügende Finanzreform zustande kommen werde, seien die Regierungen bereit, der Gehaltserhöhung rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 an beizulegen. (Lautes Lachen.) Die Verzögerung sei unter anderem dadurch herbeigeführt, daß die bereits fertig ge- stellten Vorlagen über die Verstaatlichung des Zwischen- handels, mit Branntwein und außerdem die neue Tabaksteuer sich als ungenügend erwiesen, völlige Deckung zu schaffen, da inzwischen der Reichstag den Wunsch nach Herabsetzung der Zuckerversteuer ausgesprochen und außerdem sich herausgestellt habe, daß die Zulagen mehr Mittel erfordern würden, als man ursprünglich angenommen habe. Jedoch sollen schon jetzt den unteren und mittleren Beamten wie im vorigen Jahre Zulagen gewährt werden, die aber später auf die Gehaltserhöhung und das neu zu ordnende Wohnungsgeld angerechnet werden sollen. — Nebner erklärt alsdann noch die verlesene Erklärung und betont unter Bezugnahme auf das Ansehen Deutsch- lands im Auslande die Notwendigkeit einer umfassenden Finanzreform. (Zuruf des Abg. Singer (Z.): Direkte Steuern!). Für direkte Steuern ist in den Kommunen aus- reichend gesorgt. Genaue Angaben über die neuen Steuer- pläne kann ich hier nicht machen. Ich muß erst erfahren, wie die verbündeten Regierungen darüber denken. (Zuruf links: Rheinbaben! Heiterkeit.) Die Not der Beamten liegt zum Teil an der Teuerung; zum Teil ist aber auch eine ge- wisse Steigerung der Lebenshaltung daran Schuld, die an sich zwar ein Kulturfaktor ist, aber doch nur eine gewisse Spannung verträgt. Es ist die Aufgabe der Regierung, die Interessen der Beamten mit denen der Steuerzahler in Einklang zu bringen. An dem ersten Willen, den Beamten zu helfen, fehlt es den verbündeten Regierungen nicht. Möge der Reichstag uns helfen, das große Ziel zu erreichen, und mö- gen die Abgeordneten bedenken, daß der Schaden, der aus einer Beunruhigung der Beamten entsteht, die Gesamtheit trifft. Ich bin überzeugt, daß der Appell an den gesunden Verstand des deutschen Volkes nicht vergebens sein wird. (Lebh. Bravo! rechts.)

In der Besprechung, die auf Antrag Singer (Z.) einstimmig beschlossen wird, erhält zunächst das Wort

Singer (Z.): Ich weiß nicht, was die Beamtenvor- lagen mit dem Auslande zu tun haben. Sollte aber doch ein solcher Zusammenhang existieren, dann hätte der Reichs- tagler hier im Hause erscheinen sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Auszug des Schatzsekretärs auf das Gebiet der hohen Politik war nicht gerade glücklich. — Die Erhöhung der Beamtengehälter ist eine absolute Notwendigkeit, und sie muß geschehen, mag die Finanzreform ausfallen wie sie will. Die Zusammenkoppelung der beiden Materien ist ein Schwach- zug, mit dem die Regierung den Reichstag mattzusetzen hofft. — Nach allem, was man vernommen hat, werden es wieder die arbeitenden Massen sein, die in Gestalt neuer indirekter Steuern die Lasten der Finanzreform tragen sollen. Die Regierung und große Parteien dieses Hauses wollen von direkten Steuern nichts wissen. Wir freilich sind der Meinung, daß die herrschenden Klassen den Luxus des Militarismus und Marinerismus, den sie sich leisten, aus eigener Tasche bezahlen mögen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das wäre umso mehr die Pflicht der besitzenden Klassen, als in ihre Taschen die Milliarden geflossen sind, um die das Nationalvermögen zugenommen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Hebung der Lebenshaltung bestreiten wir nicht. Wir haben aber immer wieder hervorgehoben, daß die Steigerung der Löhne durch die Verteuerung der Lebensmittel weit gemacht worden ist. Die jetzt allseitig zugegebene Teuerung ist eine Folge des Zolltarifs, an welchem das Zentrum die Hauptschuld mitträgt. Die Arbeiter, auf die die Teuerung besonders fällt, sollen nun noch mit der Rute neuer indirekter Steuern geächtigt werden. Die Verschiebung der Beamtenvorlage bedeutet, daß wieder

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(5. Fortsetzung.)

„Das läßt sich hören! das ist ein gut gezogenes Lau- ber,“ rief Orso und umarmte seine Schwester mit einer wech- seltigen Erregung, die in einem seltsamen Widerspruch stand zu der scherzhaften Art, mit der er jene Worte ge- sprochen hatte.

„Ihr Lieb ist entzückend!“ sagte Miß Nevil. „Sie müssen mir das ins Album schreiben; ich übertrage es dann ins Englische und werde es in Musik setzen.“

Der gute Oberst, der nicht ein Wort verstanden hatte, stimmte in die Lobspitze seiner Tochter mit ein und fügte noch die Bemerkung hinzu: „Der Lauber, von dem Sie singen, war wohl einer von den Vögeln, wie wir sie heute gebraten auf dem Tisch hatten?“

Miß Lydia holte ihr Album herbei und sah mit nicht geringem Erstaunen, in wie eigentümlicher Weise die Im- provisatorin beim Niederschreiben ihres Liebes das Papier zu sparen wußte. Statt an beiden Seiten des Bogens einen breiten Rand zu lassen, folgten sich die einzelnen Verszeilen in derselben Reihe, so weit es die Breite des Papiers ge- stattete, so daß es dem Bekannten übereinkommen beim Niederschreiben metrischer Verse: „Kurze Zeilen von un- gleicher Länge, mit einem leeren Rande zu beiden Seiten“, nicht mehr entsprach. Fräulein Colombas etwas willfähr- liche Orthographie, welche wohl noch zu einigen Bemerkun- gen Anlaß gegeben hätte, erregte wiederholt Miß Nevils Lächeln. Orsos brüderliche Eitelkeit fühlte sich dabei wie auf Kohlen.

Als die Zeit zur nächtlichen Ruhe gekommen war, zogen die beiden jungen Mädchen sich in ihr Zimmer zurück. Während Miß Lydia ihren Halskamm, ihre Armbänder und Ohrgehänge ablegte, bemerkte sie, wie ihre Gefährtin einen länglichen Gegenstand, etwa wie eine kurze Stange, aber doch von ganz besonderer Form, unter ihrem Gewande hervorzog. Colomba legte das Ding vorsichtig und fast ver- stolzenweise auf den Tisch unter ihren Wezzaro. Dann kniete sie nieder und verrichtete mit aller Andacht ihr Gebet; zwei Minuten darauf lag sie im Bette. Miß Lydia, welche sehr neugieriger Natur war und sich nach Gewohnheit der Engländerinnen langsam entkleidete, näherte sich jetzt dem

Tische und tat, als ob sie nach einer Nadel suche. Sie hob dabei den Wezzaro auf und entdeckte darunter einen ziemlich langen Dolch, dessen Griff mit einer eigentümlichen Arbeit in Perlmutter und Silber verziert war. Jedenfalls war es eine alte Waffe und für den Liebhaber von großem Werte.

„Ist es Sitte hier,“ fragte Miß Nevil, „daß die jungen Damen unter ihrem Wieder mit so zierlichen Instrumenten bewaffnet sind?“

„Das ist wohl nötig,“ antwortete Colomba mit einem Seufzer. „Es gibt hier so viele böse Leute!“

„Und würden Sie wirklich den Mut haben, jemandem damit so einen Stoß zu verfehlen?“

Miß Nevil ahmte dabei, mit dem Stilet in der Hand, die Bewegung nach, wie man auf der Bühne von oben nach unten einen Dolchstoß verfehlt.

„Gewiß,“ sagte Colomba mit ihrer biegsamen und wohl- klingenden Stimme, wenn es zu meiner eignen, oder zur Verteidigung meiner Freunde notwendig wäre. — Aber so muß der Stoß nicht geführt werden; wenn die Person, für die Sie ihn bestimmt hätten, zurückwiche, könnten Sie sich selbst verwunden.“ Sie richtete sich im Bette auf und zeigte, wie man die Waffe handhaben müsse. „Sehen Sie,“ sagte sie, „so muß man von unten nach aufwärts hinstoßen. So soll der Stoß tödlich sein. Wohl denen, die solcher Waffen nicht bedürfen!“

Seufzend ließ sie ihren Kopf auf das Kissen sinken und schloß die Augen. Sie war so schön, wie sie ruhig dalag, daß man schwerlich ein schöneres Bild oder Jungfräulich- keit hätte finden können. Selbst einem Phidias würde ihr Kopf als Modell zur Gestalt seiner Minerva genügt haben.

6.

Aus Ehrfurcht vor den Regeln des Doraz habe ich mich gleich zu Anfang meiner Erzählung mitten in die Geschichte hineingestellt. Jetzt, da alles schlief, die schöne Colomba, sowie auch der Oberst und seine schöne Tochter, will ich den günstigen Augenblick benutzen, den Leser über gewisse Tatsachen in Kenntnis zu setzen, welche ihm nicht unbe- kannt bleiben dürfen, wenn er sich mit dieser wahrhaftigen Geschichte weiter vertraut machen will. Er weiß nun schon, daß Orsos Vater, der Oberst della Rebbia, ermordet wurde. Auf Korrika wird man aber nicht, wie in Frankreich, von dem ersten besten, der Haß entzündungen Galeerensträf-

ling erschiagen, weil dieser kein anderes Mittel weiß, sich den Besitz fremder Wertgegenstände zu verschaffen, sondern man wird von seinen Feinden ermordet. Deshalb man aber Feinde hat, das ist oft ein sehr schwer zu erklären- des Ding. Bei sehr vielen Familien pflanzt der Haß sich aus alter Gewohnheit fort, und über seinen Ursprung ver- mag selbst die Tradition nicht den geringsten Aufschluß zu geben.

Die Familie, welcher der Oberst della Rebbia ange- hörte, war mit verschiedenen anderen Familien in gefäßige Feindschaft verwickelt, besonders aber mit der der Barriotti. Wie einige behaupten, hatte im sechszehnten Jahrhundert ein della Rebbia eine Barriotti verheiratet, und wäre in der Folge von einem Verwandten der beleidigten Dame erschlagen worden. Andere erzählten dieselbe Geschichte im umge- kehrten Sinne und behaupteten, daß die Entföhrte eine della Rebbia, und in gerechter Vergeltung dafür ein Barriotti der Ermordete gewesen sei. So viel steht fest, daß es sich bei der Feindschaft zwischen diesen beiden Häusern um freventlich vergoffenes Blut handelte. Gegen die sonstige Gewohnheit hatte dieser Mord keine weiteren Ermordungen zur Folge gehabt. Dies war dem Umstände zuzuschreiben, daß die della Rebbia wie die Barriotti in derselben Weise von der geneffischen Regierung verfolgt wurden. Da die jungen Männer dieser feindseligen Familien ihr Vaterland verlassen hatten, waren sie beide mehrere Generationen hindurch ihrer tatkräftigen Vertreter beraubt gewesen. Gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts war ein della Rebbia, der als Offizier in neapolitanischen Diensten stand, in einer Kneipe beim Spiel mit einigen Kameraden in Streit geraten. Unter anderen zugefügten Beleidigungen hatten sie ihn einen korrischen Flegelhirten genannt, worauf er den Degen zog. Indessen, da er allein es mit drei Gegnern zu tun hatte, wäre es ihm sicherlich übel er- gangen, wenn nicht plötzlich von einer andern spielenden Gruppe ein Fremder aufgesprungen und mit den Worten: „Auch ich bin ein Korrie!“ ihm zu Hilfe gekommen wäre. Der Fremde war ein Barriotti, der übrigens bis dahin seinen Landsmann nicht gekannt hatte. Nachdem es zu gegenseitigem Erkennen gekommen war, überhäufte man sich mit Höflichkeiten, und Schwüre ewiger Freundschaft wurden mit einander getauscht. Auf dem Kontinent hatten die Korries gern zusammen, aber auf ihrer Insel findet das Gegenteil statt. Die Eigentümlichkeit bewährte sich

einmal die Regierung ihr Versprechen gebrochen hat. (Sehr richtig b. d. Soz.) Je fester eine Erklärung ist, die die Regierung erteilt, desto mehr erscheint Mißtrauen geboten. Die Blockparteien mögen sich ja damit abfinden, daß die Regierung ihr Versprechen gebrochen hat; aber die Parteien, die nicht zum Block gehören, haben keinen Anlaß zu dieser Nachsicht. (Sehr richtig b. d. Soz.) — Über die Steuerpläne hat sich der Schatzsekretär in Schweigen gehüllt, trotzdem aber das Vertrauen des Hauses in Anspruch genommen. Vorläufig hat er ja ein allgemeines Bravo erhalten; wenn er aber mit bestimmten Plänen hervortritt, dürfte das Bravo schwächer ausfallen. So unverbindlich die Erklärungen des Schatzsekretärs gehalten waren, ein geht doch daraus hervor: er will die Bahnen seiner Vorgänger wandeln, und durch neue indirekte Steuern das Loch im Schatz zu stopfen suchen. — Nichts stand der Möglichkeit entgegen, die Beamtenbesoldungsvorlagen noch in dieser Session dem Hause vorzulegen. Mit der Veroppelung der beiden Materien, der Gehältererhöhung und der Finanzreform, will man nur einen Druck auf den Reichstag ausüben. Daß wir schon zuviel auf Anleihe genommen haben, darüber herrschte bisher bei allen Parteien des Hauses Einmütigkeit. Man sträubt sich gegen Erhöhung der Matrikularbeiträge; aber diese Erhöhung ist das einzige Mittel, die Einzelstaaten an einer spärlichen Finanzpolitik des Reiches zu interessieren. Selbstredend haben wir nichts gegen die sogen. Veredelung der Matrikularbeiträge, denn es ist durchaus gerechtfertigt, daß die zahlungsfähigen Einzelstaaten stärker herangezogen werden als die leistungsunfähigen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Durch erhöhte Matrikularbeiträge hätte man die Kosten für die Erhöhung der Beamtengehälter gewinnen können. Der Schatzsekretär mag seinen Einfluß bei den verbündeten Regierungen dahin geltend machen, daß die Kosten der neuen Finanzreform auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Wir haben keine besondere Interpellation eingebracht; unser ganzes Verhalten, wie wir es im Reichstage stets befolgt haben, zeigt aber den Beamten, daß wir immer am Werke waren, wenn es sich um ihre Aufseherung handelte. — Die Gehälter der höchsten Reichsbeamten sind seit Jahren erhöht; man scheint in Deutschland mit Verbesserungen lieber oben als unten anzufangen. (Sehr gut! und Heiter! b. d. Soz.) Würde die Regierung sich entschließen, Beamtenvorlagen jetzt einzubringen, so würde der Reichstag sicher bereit sein, sie schleunigst zu verabschieden. Weder die versprochene rückwirkende Kraft noch die in Aussicht gestellte Steuererhöhung können einen Erfolg für das Ausbleiben der Gehältererhöhung zum 1. April bieten. Es ist auch ein durchaus falsches Prinzip, mit Steuererhöhungen statt mit dauernden Gehaltserhöhungen zu arbeiten. Die Forderung der späteren Zurückdatierung der Gehaltserhöhungen ist kein Erfolg für das Ausbleiben der sofortigen Verabschiedung der Vorlage. Bei unserem Fiskalfuß, bei dem häufigen Wechsel der leitenden Personen, bei der Möglichkeit, daß über Nacht die heute herrschende Auffassung wieder zweifelhaft wird, kann man den Beamten nicht verdenken, wenn sie die Erklärung der Regierung schmerzlich bedauern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Jedenfalls muß die Steuererhöhung jedem direkt oder indirekt im Dienste des Reiches stehenden Beamten gewährt werden, auch muß sie höher sein, als die im vorigen Jahr. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Graf Oriola hat uns vorgeworfen, daß wir Forderungen aufstellen, aber die Mittel nicht bewilligen. Diese ollen Kamellen sind schon hundert Mal widerlegt. Wir bewilligen alle Mittel, wenn die Quellen uns richtig erscheinen. Taggen bewilligen Sie Millionen, die Sie nicht selbst aufbringen, sondern den breiten Massen des Volkes auferlegen. (Sehr wahr! bei d. Soz.) Dabei wird die bürgerliche Gesellschaft erst durch das arbeitende Volk in die Lage versetzt, die Reichskammer geneigen zu können. (Lebh. Zuit. b. d. Soz.) Einer Reichseinkommensteuer, einer Erhöhung der Erbschaftsteuer werden wir zustimmen. (Zuit. b. d. Soz.) Ich hätte vom Reichsschatzsekretär gern eine andere Rede gehört; aber wäre er dazu geneigt gewesen, so würden wir wahrscheinlich nicht die Ehre gehabt haben, ihn hier als Reichsschatzsekretär zu sehen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Jhr. v. Camp (Kot.): Wir sind der Meinung, daß der Reichsschatzsekretär sich sehr glücklich eingeführt hat. Es muß endlich Schluß mit der bisherigen Finanzwirtschaft gemacht werden. Dauernde Ausgaben dürfen nicht auf Anleihen genommen werden. Dauernde Ausgaben dürfen nicht auf Anleihen genommen werden. Dauernde Ausgaben dürfen nicht auf Anleihen genommen werden. (Weiter! und Beifall.)

Gräfin Weimar (WBg.) bedauert, daß der Reichskanzler bei dieser wichtigen Frage nicht persönlich im Hause erschienen ist. (Zusammen.)

besonderer Schärfe in dem vorliegenden Falle. Lella Rebbia und Baccini blieben verheiratete Freunde, so lange ihr Aufenthalt in Italien dauerte; nach Rom zurückgekehrt aber haben sie sich nur noch selten, und als sie starben, hatten sie sich, wie man sagt, wohl seit fünf oder sechs Jahren nicht mehr gesprochen. Die Söhne folgten unter sich dem Beispiele ihrer Väter. Ghiluccio, Orjos Vater, trat in den Militärdienst; Guidice Baccini wurde Advokat. Beide wurden sie Familienväter und da ihre verschiedenen Berufsarten sie nicht zusammenführten, hatten sie fast keine Gelegenheit sich zu sehen, oder von einander zu hören.

Indem um das Jahr 1809 las Guidice eines Tages zu Varna in einer Zeitung, daß dem Kapitän Ghiluccio die Auszeichnung eines Ordens zuerkannt worden war. Er äußerte darauf laut und in Gegenwart von Zeugen, daß er gar nicht erkaunt darüber sei, da der General... die Familie Ghiluccios begünstige. Als die Äußerung dem Ghiluccio in Wien, wo er sich aufhielt, hinterbracht wurde, machte er einem anderen Korrespondenten aufmerksam, daß er bei seiner Rückkehr auf die Insel Guidice als sehr reichen Mann wiederfinden würde, da die verlorenen Projekte ihm noch mehr Geld eintrügen als die gewonnenen. Man hat niemals herausgebracht, ob er damit jagen wollte, daß der Advokat seinen Klienten trügerischen Rat erteile, oder ob er nur die landläufige Meinung damit ausdrücken wollte, daß für den Geistesindigen bei einem grundloren Handel mehr zu gewinnen sei, als bei einem wohl begründeten. Wie es sich damit verhalten mochte, der Advokat Baccini hatte die lakonische Anspielung erfahren und schrieb sie sich ins Gedächtnis. Im Jahre 1812 wollte er in seinem Diarich zum Male ernannt werden und hatte auch alle Aussicht, seinen Wunsch erfüllt zu sehen. Da traf plötzlich ein Brief bei dem Präsidenten ein, worin der General... diesem einen Verwandten der Frau des Ghiluccio in Vorschlag brachte. Der Präsident war eifrig bemüht, den Wünschen des Generals zu entsprechen, und Baccini zweifelte nicht, daß er seine Niederlage den Intrigen Ghiluccios zu verdanken habe. Im Jahre 1814, nach dem Sturze des Kaisers, wurde jener Schilling des Generals als Bonapartist verdächtigt, und Baccini trat an seine Stelle. Aber während der hundert Tage wurde wieder ein neues Amtes entsetzt. Nachdem auch dieser Sturm darüber war, trat er mit großem Pomp in seine Rechte zurück und nahm das Siegel der Kurie und die Führung der Zivilstandsregister wieder in Beschlag. (Fortsetzung folgt.)

Reichsschatzsekretär Sydow: Aus dem Fehlen des Reichskanzlers im Hause darf nicht geschlossen werden, daß der Reichskanzler dieser Angelegenheit nur geringes persönliches Interesse entgegenbringt. Jedenfalls wird von den Regierungen und vom Reichsschatzamt alles getan werden, um die Einbringung der Besoldungsvorlage im Herbst zu beschleunigen.

Zimmermann (Ant.) beklagt die Hinausschiebung der Vorlage, will aber nichts davon wissen, daß Sachsen höhere Matrikularbeiträge zahlen soll.

Wiemer (Wpt.) bedauert die Hinausschiebung der Besoldungsvorlage, beklagt die infolge der Zollpolitik eingetretene Teuerung, erklärt Teuerungszulagen für unzureichend, wünscht zum Herbst eine durchgreifende Finanzreform, die aber keine neue Belastung der breiten Massen enthalten dürfe, betont die Notwendigkeit direkter Reichssteuern, beschuldigt das Zentrum, daß es die schwarze Kunst zu besitzen vorgebe, aus Häckerling Gold machen zu können (Heiterkeit), und verwirft Branntweinmonopol und Zigarettenbanderolensteuer. Doppelt gibt, wer schnell gibt. (Beifall b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Sydow sucht nachzuweisen, daß die Regierung ihr Versprechen nicht gebrochen habe, denn dieses Versprechen sei kein unbedingtes gewesen. (Lachen b. d. Soz.)

Dr. Spahn (Z. auf der Tribüne zum großen Teil unverständlich) scheint gegen Angriffe der Redner der Linken auf die Zollpolitik des Zentrums zu polemisieren und erinnert gegenüber der Bemerkung des Schatzsekretärs von der Rücksicht auf das Ausland an die Erklärung Wilhows im Herrenhause, daß man auf Ausland keine Rücksicht zu nehmen brauche. (Sehr gut! im Zentrum.)

Staatssekretär Sydow polemisiert gegen Spahn.

Dr. Droscher (K.) wendet sich heftig gegen Erhöhung der Matrikularbeiträge.

Beck-Heidelberg (K.) will keine Eulen nach Athen tragen und fährt sich deshalb kurz. Er verlangt, daß auch die höheren Beamten eine Teuerungszulage erhalten. Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen, worauf sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. (Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Innern.)

Schluß 7 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Vom Kampfe der Behörden gegen die freien Turner. Bekanntlich sind in Preußen fast alle Arbeiterturnvereine mit dem Jünglingsturnverbot beklagt worden. In den betreffenden Verfügungen wird von den Turnwarten ein „Bescheinigungsnachweis“ gefordert. Geübtet der Vorsitzende das Turnen oder unterrichtet der Turnwart die Jünglinge weiter, so ist eine Strafe bis zu 100 Mk. angedroht. Obwohl die Turnwarts der Deutschen Turnerschaft nicht den Nachweis erbracht haben, daß sie höhere technische und pädagogische Fähigkeiten besitzen, als die Turnwarts der Arbeiterturnvereine, so hat man doch noch nichts von einem Jünglingsturnverbot bei den „Deutschen“ gehört. Mit dem Verbot des Unterrichts an Jünglinge gibt sich aber das Landratsamt in Merseburg nicht zufrieden, denn der Amtsvorsteher von Guntlich verlangt jetzt in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Arbeiterturnvereins in Wehlitz, Max Fiedler, einen Bescheinigungsnachweis zur Vertung eines Turnvereins. Wörtlich lautet das Schreiben: Im Auftrag des königlichen Landratsamtes zu Merseburg werden Sie hierdurch aufgefordert, binnen 14 Tagen Ihren Bescheinigungsnachweis zur Vertung eines Turnvereins vorzulegen, widrigenfalls die Angelegenheit der königlichen Regierung zur weiteren Veranlassung übergeben werden muß. Der Amtsvorsteher: H. Wendler. Neu ist ja diese Methode, den Kampf gegen die Arbeiterturnvereine zu führen, nicht. Gleichwohl ist es uns unheimlich, und wir sind wirklich neugierig, zu wissen, auf welches Geheiß sich bei diesem Vorgehen die Regierung stützt. Und glaubt das Landratsamt denn wirklich, durch solche Schikanen die Arbeiterturner zu vernichten? Trotz des Jünglingsturnverbotes haben die freien Turner an Mitgliederzahl und Beteiligung am Turnen einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen.

Verleumde nur zu! In Fürth organisierten sich die Mehrzahl der städtischen Arbeiter in einer Zahlstelle des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Sofort waren auch die Hirche bei der Hand, um einen Ortsverein ihrer Richtung zu gründen und gegen die Freiorganisation mit den üblichen Verdächtigungen vorzugehen. Der Stadtmagistrat hat einen Fonds errichtet, aus dem städtische Arbeiter im Falle der Hilfsbedürftigkeit unterstützt werden. Die Entscheidung in den einzelnen Fällen liegt in den Händen eines Ausschusses, der in seiner Mehrheit aus Freiorganisierten besteht. Das war den Hirchen ein Dorn im Auge. Ihr Arbeitersekretär Barnholt behauptete wiederholt in Versammlungen, die Verwaltung des Gemeindearbeiter-Verbandes habe Gelder aus dem genannten Fonds unter sich verteilt, was von der Reichsverbandspresse weidlich ausgeschlachtet wurde, obwohl der Vorsteher des städtischen Bauamts in öffentlicher Magistratsitzung die Behauptung als dreifachen Vorwurf erklärte, an dem kein wahres Wort sei. Der Vorsitzende des Arbeiterschusses und der Zahlstellenvorsitzende sahen sich deshalb gezwungen, gegen Barnholt Klage wegen Verleumdung zu stellen. In der Verhandlung zog er es vor, zu erklären, daß er weder dem Arbeiterschuss noch der Verwaltung der Zahlstelle den Vorwurf habe machen wollen und können, sie hätten Unterstützungsgelder unter sich verteilt, und bedauere, wenn seinen Ausführungen dieser oder ein ähnlicher Vorwurf entnommen werden konnte.

Kein Kostand! In der am Freitag stattgehabten Aufsichtsratsitzung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin (Löwe) wurde beschlossen, die Generalversammlung auf den 1. April einzuberufen. Der Bruttogewinn für 1907 beträgt 4 893 952 (Vorjahr 5 172 313). Derselbe soll mit 1 645 571, im Vorjahre 1 645 544, zu Abschreibungen und Rückstellungen und mit 3 000 000 Mk. zur Zahlung einer Dividende von 20 p/ct, wie im Vorjahre, verwendet werden. Der Gewinnvortrag beläuft sich auf 451 698 Mk., im Vorjahre 416 384. Vor kurzem erl. müßten die Arbeiter der Löwenischen Fabriken einige Tage streiken, um eine beträchtliche Lohnreduktion abzuwehren, was ihnen nur zum Teil gelang, eine Lohnherabsetzung bis zu 5 p/ct. war nicht zu verhindern. Also fünf Prozent Lohnabzug für die Arbeiter, zwanzig Prozent Dividende für die Aktionäre! Ein Momentbildchen aus dem Reich des Kapitalismus!

Eine Wahlrechtsaktion der Polizei. In Solingen geht es gegenwärtig ruffisch zu. Täglich berichtet die Polizei einen Korb voll Strafmandate wegen Teilnahme an öffentlichen Aufzügen, wegen Aufforderung zu solchen, wegen aufrührerischen Hochrufen auf ein freies Wahlrecht in Preußen, wegen Verleumdung der Polizei und wer weiß, wegen was sonst noch. Die gesamte Redaktion unseres Solinger Parteiorgans nebst dem Verleger sind schon wiederholt vor den Untersuchungsrichter geladen worden. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“ ist nach monatelangem Abwehrkampf gegen die nervösen Polizeitalen anlässlich der proletarischen Wahlrechtsaktionen „hinreichend verdächtig“, den

freisinnigen Oberbürgermeister Dicks, der bekanntlich das Gewerkschaftshaus hat vorübergehend schließen lassen, den Polizeikommissar, den Polizeiwachmeister und sämtliche „Schuh“ Leute schwer beleidigt zu haben. Es wird von oben eine große Wahlrechtsdemonstration vor dem Landgericht in Elberfeld geplant. Von unserer Seite wird alles getan werden, um sie recht wirkungsvoll zu gestalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Der rabelnde Polizist. Bei dem Transport des Bergmanns Feidler von Oberbisteln zum Amtsgericht Recklinghausen sah der Polizeibeamte König hoch auf seinem Stahlrost, während der arme Gefangene neben ihm marschieren mußte. Eine Gruppe von Arbeitern nahmen an dieser Rücksichtslosigkeit Anstoß und versuchten, den Beamten zu veranlassen, vom Rade abzustiegen. Der Beamte zog hierauf die Waffe und schlug auf den Feidler ein, der, wie er vor Gericht angab, sich widerständig zeigte. Dem F. wurde durch einen Dieb mit der Waffe die rechte Ohrmuschel vollständig abgetrennt. Die Bochumer Strafkammer erkannte gegen diesen gemeingefährlichen und rücksichtslosen Beamten auf Freispruch, weil durch die Beweisaufnahme dargetan wurde, daß der Polizeibeamte sich in Notwehr befand.

Der Admonter Stillsitzer vor Gericht. Im Sommer vorigen Jahres wollte der Abgeordnete Tuller in Admont (Steiermark) eine Versammlung abhalten, konnte aber kein Versammlungslokal bekommen. Endlich stellte ihm der Bauer Bachner seine Wiese zur Verfügung und so konnte die Versammlung trotz des klerikalen Terrorismus, stattfinden. Aber der Bauer, der seine Wiese zu einem so gottessünderlichen Zwecke, wie es eine sozialdemokratische Versammlung ist, hergeben hatte, sollte das bitter büßen. Wie es schon bei Bauern, auch bei nichtklerikalen, der Fall zu sein pflegt, hatte auch Bachner eine Kuh, die er bald darauf zu einem Stiere bringen mußte. Er ging mit dieser Kuh zum Stifte Admont, aber der Verwalter des Stiftes jagte ihn mit den Worten fort: „Sie roter Bauer! Schauen Sie, daß Sie weiterkommen! Gehen Sie mit Ihrer Kuh doch zu den Sozi!“ Da der Admonter Stillsitzer also mit der Kuh des roten Bauern nichts zu tun haben wollte, suchte Bachner bei anderen Stierhaltern in der Gegend Rat und Hilfe für seine Kuh. Aber bei allen Bauern, die Stiere hatten, wurde er abgewiesen. Endlich kam er in ein Bauernhaus, wo der Bauer nicht zu Hause war. Die Bäuerin, die sich um die hohe Politik nicht kümmerte, mußte auch nichts von dem Verbrechen des Bauern, und sie erbarmte sich der unglücklichen Kuh, über diese Angelegenheit brachte der Graser „Arbeiterwille“ eine lustige Notiz unter dem Titel: „Die passive Resistenz der frommen Stiere.“ Die Notiz erregte allgemein viel Heiterkeit, nur bei den Klerikalen nicht. Diese fanden darin eine Verspottung von Einrichtungen der katholischen Kirche. Nun wurde von den Klerikalen eine kolossale Hege gegen den „Arbeiterwille“ veranstaltet. Von der Kanzel herab wurde gegen ihn gepredigt, in den klerikalen Versammlungen Resolutionen gegen ihn beschloffen, in den Waffenschriften Leitartikel gegen ihn geschrieben. Der „Arbeiterwille“ nahm übrigens infolge der Kalamität, die die Klerikalen für ihn veranstalteten, ständig an Abonnenten zu. Dann begab sich auch eine Deputation zum Justizminister und schließlich erstattete der klerikale Abgeordnete Frischung eine Anfrage an die Oberstaatsanwaltschaft, worin direkt die Erhebung der Anklage gegen den „Arbeiterwille“ verlangt wurde. Am 4. März hatte sich nun der verantwortliche Redakteur des „Arbeiterwillen“, Genosse Josef Fodlbauer, wegen Vergehens nach § 303 St.-G. vor den Geschworenen in Graz zu verantworten. Der Zuscherraum war dicht besetzt. Die Verlesung der Anklage und namentlich des unter Anklage gestellten Artikels rief lebhafteste Heiterkeit hervor. Die Anklage behauptet, daß durch jene Artikel die Lehren der katholischen Kirche von der Menschwerdung Christi und von der unbesleckten Empfängnis verspottet worden seien, doch fielen die Geschworenen nach kurzer Beratung mit sieben gegen fünf Stimmen ein freisprechendes Urteil, so daß die Klerikalen wieder um eine Blamage reicher sind.

Aus Nah und Fern.

Ein Geisteskranker als Brandstifter. Der Schöneberger Kriminalpolizei gelang es, in der Holbeinstrasse einen Brandstifter auf frischer Tat zu überraschen und festzunehmen, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der Verhaftete, der frühere Dekorator Otto Bauer, diejenige Person ist, die in den letzten Wochen in Berlin und seinen Vororten die zahlreichen Brandstiftungen verübte. Wie von vornherein angenommen wurde, handelt es sich um einen Geisteskranken, der schon längere Zeit in einer Irrenanstalt verbrachte.

Eine Komödie der Irrungen. Aus einem von Münster i. W. nach Hannover fahrenden Zuge entpurr dieser Tage seinem Transporteur ein Gefangener. Nachdem der Zug zum Halten gebracht war, wurde die Verfolgung des Flüchtlings, an der sich auch eine Anzahl Passagiere beteiligte, aufgenommen. Nach einer kurzen Rast wurde er gefaßt, und im Triumph schleppte man den sich heftig wehrenden Transporteur zum Zuge zurück, den Gefangenen aber hatte man laufen lassen und obendrein noch seines Beschüzers beraubt.

Ein Denkmal von unserer Zeiten Schande! In Barmen bestanden seit einem Jahrzehnt der „Allgemeine Konzertverein“ und der „Barmer Volksschor“, die hervorragende künstlerische Veranstaltungen zu möglichsten Preisen darboten. Von einem Kunstfreund erblickten diese Vereinigungen in elf Jahren zirka eine Viertelmillion Zuschauer. Nun hat eine wohlwollende Stadtverwaltung auch ein solches Unternehmen nicht mit der Luftbarkeit steuer verschont, und die Folge ist die Auflösung der Vereinigungen. Sie nehmen Abschied mit der folgenden Erklärung: „Die Einführung der Lustbarkeitssteuer, deren Belastungen und Lasten man nicht von unserem Institut abgewendet hat — welches mit vollem Bewußtsein, ohne auch nur halbwegs auf Deckung der Kosten, geschweige denn auf Erzielung von Überschüssen zu rechnen, viele Tausende jährlich gepöfirt hat, um seine gemeinnützigen Ziele zur Popularisierung der großen Kunst, zur künstlerischen Erbauung weitester Kreise, zur Hebung der Volksbildung überhaupt nur anzustreben zu können, und welches deshalb ein ganz besonderes Vorzugsrecht beanspruchen kann — zwingt uns, unsere immer wieder verkantete und gehemmte Tätigkeit nunmehr endgültig einzustellen. Es gibt eben keine schärfere Verneinung der allgemein anerkannten sozialen Idee, zu den billigsten Preisen das künstlerische Beste zu bieten, als gerade diese billigsten Preise durch eine Steuer wieder zu erhöhen, und geradezu unmoralisch ist es, Bestrebungen, die den höchsten kulturellen und künstlerischen Zielen zugewendet sind, unter den Begriff „Lustbarkeit“ zu bringen. Barmen, 4. März 1908. Allgemeiner Konzertverein, Barmen, Barmer Volksschor.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellingsma. Verleger: L. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

